

UNI REGIO BERLIN-BRANDENBURG? PERSPEKTIVEN EINER WISSENSCHAFTSREGION

Dokumentation zweier Veranstaltungen der Heinrich-
Böll-Stiftung
in der Reihe „Berliner Hochschuldebatten“

In Zusammenarbeit mit „Kant 64“ und „Gähnende Lehre“

Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 17:
UniRegio Berlin-Brandenburg? Perspektiven einer Wissenschaftsregion. Dokumentation zweier
Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung in der Reihe „Berliner Hochschuldebatten“. In
Zusammenarbeit mit Kant 64 und Gähnende Lehre.
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung



1. Auflage, Februar 2002
© bei der Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten
Druck: trigger, Berlin

Die vorliegenden Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeberin wiedergeben.

Bestelladresse:
Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin,
Tel. 030-285340, Fax: 030-28534109, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

INHALT

Vorwort	5
Andreas Poltermann und Andreas Kahler UniRegio Berlin-Brandenburg? Perspektiven einer Wissenschaftsregion	6
Wozu braucht Berlin drei Universitäten? Podiumsdiskussion	20
UniRegio? Die Konsequenzen aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Hochschulregion Berlin. Podiumsdiskussion	30

VORWORT

Die Berliner Hochschuldebatten (Informationen unter: www.hochschuldebatten.de) werden seit 1999 von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit den universitären Initiativgruppen „Kant 64“ und „Gähnende Lehre?“ veranstaltet. Sie suchen als kontinuierliches Dialogforum den Brückenschlag zwischen globalen Themen der Modernisierung des Bildungs- und Wissenschaftssystems und den speziellen Problemen der Wissenschaftsregion Berlin. Dabei kommt aber nicht nur die Politik zu Wort. Wo diese oft untentschlossen beharrt, haben sich die Studierenden vielfach längst auf den Weg gemacht. Dafür stehen die beiden Initiativgruppen, mit denen die Heinrich-Böll-Stiftung bei den Hochschuldebatten zusammenarbeitet, aber auch die vielen Initiativen, die sich für Brücken zur Berufswelt, für die Internationalisierung oder für die Reform bestimmter Studiengänge einsetzen. Ihnen vor allem wollen die Berliner Hochschuldebatten ein Forum bieten.

Die zwei in dieser Publikation dokumentierten Veranstaltungen geben Einblick in die hochschul- sowie wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen um die Wissenschaftsregion Berlin. Gibt es überhaupt so etwas wie eine Wissenschaftsregion? Wie sieht die Kooperation zwischen den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen und der wissenschaftsbasierten Unternehmen der Region aus? Wer moderiert, wer reguliert, wer fördert und wer blockiert?

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sei an dieser Stelle noch einmal herzlich für ihre Beteiligung und die freundliche Zustimmung zum Abdruck ihrer Beiträge gedankt. Dank auch den Mitgliedern der beteiligten Initiativgruppen und all denen, die die Berliner Hochschuldebatten als ein Forum für Hochschul- und Wissenschaftspolitik angenommen haben.

Berlin, den 5. Februar 2002

Dr. Andreas Poltermann
Referent für Bildung und Wissenschaft
Heinrich-Böll-Stiftung

UNIREGIO BERLIN-BRANDENBURG? PERSPEKTIVEN EINER WISSENSCHAFTSREGION

Hand in Hand mit der Europäisierung des Hochschulraums wird hierzulande und andernorts eine Regionalisierung bemerkbar, deren Bedeutung europaweit erst allmählich begriffen wird. Was auf den ersten Blick widersprüchlich und wenig sinnvoll zu sein scheint – welche Hochschule will schon in den Ruf der Provinzialität geraten? – erweist sich bei näherer Betrachtung als eine der zentralen Aufgaben heutiger wie künftiger Wissenschaftspolitik: die Hochschulen als Stätten der Wissenschaft in Lehre, Forschung, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Weiterbildung international konkurrenzfähig zu machen und zugleich ihr Zusammenwirken im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ihrer Region zu fördern. Wir brauchen heute beides: Konkurrenz im regionalen, nationalen wie auch globalen Rahmen als Mittel der Leistungssteigerung und Kooperation in einem regionalen Wissenschaftssystem. Mit dieser Überzeugung sind die Berliner Hochschuldebatten angetreten.

Die Hochschule der Wissensgesellschaft ist auf die globale scientific community der Weltgesellschaft bezogen. Auf Grund der Komplexität und des wissenschaftlich-technischen Kontextes der Weltgesellschaft sind deren Probleme nur noch wissenschaftlich zu bewältigen. Zugleich ist die Hochschule vornehmlich den Bürgerinnen und Bürgern ihres Landes, ihrer Region verantwortlich, indem sie die von diesen bereitgestellten Ressourcen wirtschaftlich verwendet und durch die Generierung gesellschaftlich nützlichen Wissens dabei hilft, globale und regionale gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Das gilt generell, hat aber für die Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg mit ihrer außerordentlich großen Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen besondere Bedeutung. Denn diese weitgehend deindustrialisierte Stadtregion wird sich aus eigener Kraft nur erhalten und entwickeln können, wenn sie die Voraussetzungen für wissensbasierte Wertschöpfungen stärkt, also Wissenschaft, wissensbezogene Dienstleistungen und wissensbasierte Technologien voranbringt. Doch wo die Chancen so beachtlich sind, kann die Tiefe des Falls in die Realität zuweilen bestürzend sein. So auch aktuell in Berlin, wo Plan- und Subventionswirtschaft in Ost und West einen „bürgerlichen“ Wert wie den Wunsch nach Selbständigkeit und Weiterentwicklung aus eigener Kraft gar nicht recht hat aufkommen lassen.

An dem Aufriß zur Hochschule in der Wissensgesellschaft fällt allerdings sogleich auf, daß hier der Staat als Ort der Vermittlung von Wissenschaft und Interessen fehlt. Nicht, daß er – als Fiskalstaat etwa oder als Wissenschaftsverwaltung – kein relevanter Akteur wäre. Er ist es in Berlin sogar viel zu sehr und bindet noch zu viel Aufmerksamkeit an sich, weil er die wissenschaftlichen Einrichtungen dieses Landes mit einer Übermenge von Regelungen überzieht und mit seinen geradezu auf Dauer gestellten Budgetkürzungen, Umstrukturierungen und überfallartigen Schließungen einen auf Kontinuität und Verlässlichkeit angewiesenen Wissenschaftsbetrieb – gelinde gesagt – beeinträchtigt. Die Absicht der 2002 vereinbarten Koalition aus SPD und PDS, durch spektakuläre Sparopfer in Wissenschaft und Kultur den Bund und die anderen Bundesländer zu weiteren Subventionen für die Hauptstadt zu überreden, hat sie zu einem aberwitzigen Entschluß verleitet: Um der Subventionsfähigkeit der Stadt willen beschneidet sie gerade die Grundlagen für eine regionale Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung, die aus dieser Subventionsabhängigkeit herausführen könnten. Im Ergebnis wird die angekündigte Schließung der

medizinischen Fakultät der Freien Universität und des Universitätsklinikums Benjamin Franklin¹ die Wissensregion Berlin-Brandenburg nachhaltig beschädigen, neue Budgetkürzungen, mehr Staatsinterventionismus und vermehrten Subventionsbedarf erzeugen.

Vor dem Hintergrund dieses Gebarens einer neuen Berliner Regierung aus zwei tendenziell staats- und subventionsorientierten Parteien kann die politische Forderung der Stunde nur lauten: Autonomie durch Entstaatlichung, Entfesselung der Hochschulen und Aneignung des Wissenschaftssystems durch die Bürgerinnen und Bürger der Region. Die Vorstellung von einem weitgehend autonomen Wissenschaftssystem der Region verknüpft folgende zwei Annahmen miteinander:

1. die Annahme, daß ein entstaatlichtes, autonomes Wissenschaftssystem leistungsfähiger ist als ein bürokratisch gesteuertes und daß es dadurch den Interessen der Menschen ihrer Region, der Schaffung bezahlter Arbeit und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen besser gerecht zu werden vermag;
2. und zugleich die Annahme, daß ein autonomes System sich durch verbindliche Regelungen und die Mobilisierbarkeit der Bürgerinnen und Bürger besser gegenüber den Risiken der staatszentrierten und autoritären Wissenschaftspolitik eines bankrotten Bundeslandes schützen können muß.

Das Projekt einer autonomen Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hat eine nun schon mehr als 10-jährige Vorgeschichte. Dazu gehören Konzepte und Gutachten zur Organisation einer Wissenschaftsregion, europäische Initiativen, in Berlin aber vor allem die schier endlose Reihe von Strukturdebatten, die einerseits durch die Haushaltslage des Landes forciert, andererseits aber auch durch die mangelhafte Kooperationsbereitschaft der Hochschulen notwendig wurden und Antworten auf in der Tat oft unbefriedigende Doppel- und Mehrfachstrukturen der wissenschaftlichen Einrichtungen – zum Beispiel der Universitätskliniken – der vereinigten Stadt finden sollten.

Regionales Wissenschaftssystem

Von einem Wissenschaftssystem ist die Region Berlin-Brandenburg noch weit entfernt. Das liegt nicht allein an der Politik. Auch bei den Hochschulen und insbesondere bei den drei Berliner Universitäten und den zwei brandenburgischen Universitäten der Region Berlin-Brandenburg setzt die Bereitschaft zu Kooperation und Wettbewerb in einem solchen System eine ganze Reihe neuerer Einsichten oder Annahmen voraus, die durchaus einen Bruch mit dem universitären Selbstbild von früher bedeuten: Die Umstellung etwa auf den Gesichtspunkt einer relativen regionalen Vollständigkeit an Fächern, Studiengängen und Forschungseinrichtungen stellt den Abschied von der „Volluniversität“ alten Musters dar,² wie sie das Denken zumindest in Berlin noch bestimmt. Die rückläufige staatliche Alimentierung der Hochschulen erzwingt die Revision alter Autonomievorstellungen und fordert, sich wissenschaftliche Integrität künftig viel stärker im Sinne eines stets

¹ Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD, Landesverband Berlin, und der PDS, Landesverband Berlin, für die Legislaturperiode 2001-2006, Stand 7. Januar 2002, S.117-118.

² Jürgen Mittelstraß: „Unerledigte Probleme der Universität auf dem Weg ins 21. Jahrhundert.“ In: Jan C. Joerden/Anna Schwarz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Universitäten im 21. Jahrhundert, Berlin, Heidelberg, New York 2001, 3-17. Der Vortrag wurde 1999 auf einem Symposium zu Ehren von Hans Weiler aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem Amt als Rektor der Europa-Universität Viadrina gehalten. Als Neugründung konnte die Viadrina nicht mehr vom Modell der „Volluniversität“ ausgehen.

riskanten Unternehmens vorzustellen. Die spannungsreiche Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konkurrenz verlangt einen erheblich veränderten Zugang zum Verhältnis von Wissenschaft und gesellschaftlicher Anwendung. Am Begriff des Stakeholders, der engagierten wie auch interessierten Bürgerin (die Informationen sucht, die Wissen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme erwartet, aber auch des Unternehmens, das an einer Hochschule Forschungen durchführen läßt oder qualifizierte Absolventen erwartet), machte sich im übrigen ein aufschlußreicher Streit fest, als man die Kehrseite regionaler Einbindung auch so beschreiben kann, daß die engere Verbindung zu den unterschiedlichen Interessengruppen die Hochschulen auch einseitigen und der Wissenschaft abträglichen Ansprüchen aussetzen kann. Vorerst aber ist es freilich die Berliner Politik, die wissenschaftsfeindliche Maßnahmen plant.

Nun haben sich in Europa seit einigen Jahren die Hochschulen in ermutigender Weise den Dialog mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern „ihrer“ Regionen auf die Agenda geschrieben. Dieser Dialog stand auch im Zentrum, als 1998 die rund 300 Rektoren und Präsidenten europäischer Hochschulen an der Freien Universität über die Rolle der Hochschulen in der Öffentlichkeit berieten. Auf der Generalversammlung der Europäischen Rektorenkonferenz (CRE) präsentierten die Rektoren ein Pilotprojekt regionaler Zusammenarbeit: „The Dialogue of Universities with their Stakeholders: Comparisons between Different Regions of Europe“.³

In neunzehn Regionen Europas probten Hochschulen in Hinsicht auf die Themen „Humanressourcen“, „kulturelle und soziale Entwicklung“, „regionale Wirtschaftsentwicklung und wirtschaftlicher Impact“ sowie „Kommunikation“ den Dialog mit lokaler Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Der Abschlußbericht führt eine Vielzahl guter Beispiele sowie methodischer Ansätze auf und belegt eindrucksvoll, daß sich in Europa auf regionaler Ebene vieles tut bzw. tun läßt.

Offenbar ziehen alle Beteiligten Gewinn aus regionaler Zusammenarbeit. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten Impulse, können sich neue Einnahmequellen erschließen, Absolventen haben bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder gründen selbst Unternehmen. Überall wären die Hochschulen und ihre Wissenschaftsregionen gut beraten, wenn sie intensiver an die Erfahrungen dieses europäischen Projekts anzuschließen suchten.

Regionale Strukturplanung – die Stellungnahme des Wissenschaftsrats

Nach mehr als einjähriger Arbeit legte der Wissenschaftsrat (WR) im Mai 2000 seine Empfehlungen zur Strukturplanung der Berliner Hochschulen vor. Auch der WR geht vom Leitbild eines regionalen Hochschul- und Wissenschaftssystems aus. Im Mittelpunkt seiner Analyse, Kritik und Empfehlungen stehen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer der Hochschulen sowie die Ingenieurwissenschaften. Vorausgegangen waren dieser Stellungnahme eine ganze Reihe von Gutachten zu einzelnen Fragekomplexen (Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Rechtswissenschaften und der Naturwissenschaften in den Neuen Ländern und Ostberlin; Perspektiven der Berliner Hochschulmedizin) aus den Jahren 1991 bis 1997. In einer einzigen Stellungnahme hat der WR erstmals die Strukturpläne sämtlicher Hochschulen eines Bundeslandes zusammenfassend beurteilt. Bei der Politik wird – im Anschluß an das im Grundsatz begrüßte

³ CRE - Association of European Universities, 11 th General Asembly, Freie Universität Berlin 1998: The Public Role of the University. The Dialogue of Universities with their Stakeholders: Comparisons between Different Regions of Europe; ein Projekt der CRE in Kooperation mit Europäischer Kommission und ERT.

Modell der Hochschulverträge – ein Konzept für eine verlässliche Hochschulfinanzierung ange-mahnt, und die Hochschulen erhalten Hinweise für deutliche Strukturänderungen, die mit der Ein-richtung eines Landeshochschulrats auch eine andere Organisation der Verantwortung der Hochschulen für die Region vorsehen sollen.

In ausdrücklicher Anerkennung der bisher erbrachten Sparleistungen der Berliner Hochschulen von über einer Milliarde Mark und 40.000 Studienplätzen soll die Politik zum Verzicht auf weitere Kürzungen der Studienplätze und der Investitionen gebracht werden. Die Hochschulen werden zur engeren Zusammenarbeit (zum Beispiel Gründung eines interuniversitären „Antike-Zentrum“ im Sinne eines Studien- und Forschungsschwerpunkts „Alte Welt“)⁴, die Universitäten zur stärkeren Profilbildung (Frage nach dem Sinn der Geisteswissenschaften an der TU und nach der konzeptionellen Begründung des dort angesiedelten Frankreich-Zentrums)⁵ bis hin zur Schließung von Studiengängen und Instituten (Osteuropa-Institut an der FU)⁶ aufgefordert.

Die Resonanz war – schon im Vorfeld – groß und meist negativ. Von „Radikalkur“ und „drastischen Einschnitten“ war sogleich die Rede. Andere Stimmen von außerhalb der Hochschulen und der Politik sprachen hingegen von einer „Quittung für alte Versäumnisse“. Und in der Tat: Seit Beginn der 90er Jahre fehlt es an Strukturplänen, Kommissionsempfehlungen und Gutachten nicht. Mehrfach hat sich der WR mit den Berliner Hochschulen im Zusammenhang der Vereinigung von Ost- und West-Berlin befaßt. 1992 legte die Mittelstraß-Kommission⁷ dem Senat Reformvorschläge vor, die den Empfehlungen des WR bereits sehr ähnlich sind: Auch hier wird gefordert, die kleinen Fächer zusammenzulegen, einzelne Institute wie das Osteuropa-Institut an der FU zu schließen und die Fachhochschulen stärker auszubauen. In dieselbe Richtung wies schließlich der Strukturplan, den 1993 der damalige Wissenschaftssenator Erhardt erarbeitet hatte.

Als organisatorischen Rahmen empfiehlt der WR in Anlehnung an Regelungen in Baden-Württemberg für die Hochschulen die Einrichtung von Hochschulräten. Sie sollen die „alten Kuratorien“ der Berliner Kuratorialverfassung, aber auch die neuen, mit Hilfe der Experimentierklausel eingerichteten Kuratorien von FU und Humboldt-Universität ablösen und eine effiziente Wahrnehmung der Aufgaben einer Hochschule „als staatliche Einrichtung“ sicherstellen, d.h. insbesondere die Personal-, Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzverwaltung, die Krankenversorgung und die Bewirtschaftung knapper Studienplätze.⁸ Der WR betont neben dem Status der Hochschulen als öffentlich-rechtliche Körperschaften also vor allem ihren Charakter als staatliche Anstalten, die in das staatlich bürokratische System vom Stellenplan bis hin zur Kapazitätsverordnung eingebunden sind. Die Abstimmung zwischen den Hochschulen im Hinblick auf die Entwicklung einer Wissenschaftsregion möchte er hingegen von einem Landeshochschulrat geleistet sehen, der idealer Weise neben den Hochschulen das Profil und die Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Region mit in den Blick nimmt,⁹ seine zentrale Aufgabe in der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems sieht und Vorschläge für eine abgestimmte Berufungspolitik entwickeln sowie Evaluationen und Strukturkommissionen veranlassen kann.

⁴ WR Stellungnahme zur Strukturplanung (2000). In: WR Empfehlungen und Stellungnahmen 2000, 2 Bde., Köln 2001, Bd. 1, 67.

⁵ WR Stellungnahme zur Strukturplanung, 71f.

⁶ WR Stellungnahme zur Strukturplanung, 70.

⁷ Landeshochschulstrukturkommission Berlin: Stellungnahmen und Empfehlungen zur Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen, Berlin 1992.

⁸ WR Stellungnahme zur Strukturplanung, 45.

⁹ Nach dem Vorbild des schweizerischen Rates für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, der da gemeinsame Leitungsgremium für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen eines Zuwendungsgebers ist.

Plan für einen Regionalverbund der Hochschulen

Während also die Stellungnahme des WR aus gutem Grund den gegebenen rechtlichen Rahmen, der Hochschulen als staatliche Anstalten betrachtet, zugrunde legt, setzt das Gutachten „Berliner Regionalverband“ von Michael Daxner, das von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus in Auftrag gegeben und 1997 veröffentlicht wurde,¹⁰ andere Akzente. Daxners Gutachten läßt sich von dem Gedanken der Verantwortung von Hochschule und Wissenschaft gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung und der Verantwortung der Gesellschaft für die Hochschulen und ihre Zukunft leiten. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen also wissenschaftliche Einrichtungen als autonome Körperschaften und nicht als staatliche Anstalten. Für die Überführung des derzeitigen Konglomerats in eine metropolitane Hochschullandschaft biete sich ein Hochschulverbund an, der zu einem Verband weiterentwickelt werden könne. Gedacht als Fortentwicklung der Berliner Kuratoriumsstruktur, sei ein organisierter Hochschulverbund die geeignete Form für die Wahrnehmung der genannten Verantwortlichkeiten in Verbindung mit einem differenzierten Zugewinn an Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen. Während ein solcher Verband unter Beibehaltung der Kuratorialverfassung der meisten Berliner Hochschulen, ihrer mitgliedschaftsrechtlichen Struktur und ihres körperschaftsrechtlichen Status weitgehende Aufgaben bis hin zur Administration eines Globalhaushaltes übernehmen könne, erwägt Daxner interessanterweise erst für ein – von ihm nicht empfohlenes – „System“ der Berliner Hochschulen dessen Ausgestaltung als rechtsfähige Stiftung.¹¹ Hier würden – etwa nach dem Vorbild des Systems der kalifornischen Staatsuniversitäten – die einzelnen Hochschulen zum System die Stellung haben, die vergleichbar wäre mit derjenigen der Fachbereiche heute im Verhältnis zur Hochschule. Eine solche Stiftung wäre nicht mehr mitgliedschaftlich (körperschaftlich) organisiert, müßte also nach Kriterien der demokratischen Partizipation ihrer unmittelbaren und mittelbaren Stakeholder grundsätzlich neu konzipiert werden. Wichtiger aber ist, daß sie – einmal vom Staat als Stifter eingerichtet – nur noch dem Stiftungszweck verpflichtet wäre: d.h. dem Auftrag guter wissenschaftlicher Arbeit in Forschung, Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Weiterbildung – und daß ein solches System als Stiftung gegen bürokratische Detailregelungen und durch ein einklagbares Recht auf Einhaltung des Stiftungszwecks gegen Haushaltskürzungen geschützt wäre.¹²

¹⁰ Michael Daxner: Berliner Regionalverbund. Gutachten im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 1997.

¹¹ Ebd., 29.

¹² Dies ist die eigentliche Pointe des im neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz vorgesehenen Wahlrechts der niedersächsischen Hochschulen, sich in Stiftungen des öffentlichen Rechts umwandeln zu können. Zu dieser erstaunlichen politischen Bewertung, die sehr viel über die strukturellen Verwerfungen zwischen Wissenschafts- und Finanzministerien aussagen, kam die Tagung von Bertelsmann Stiftung, CHE, Maecenata Institut für Dritter Sektor Forschung und Niedersächsischem Ministerium für Wissenschaft und Kultur über „Stiftungshochschulen – Wege zur Entstaatlichung der Hochschulen“ am 16. Januar 2002 in Hannover. Vgl. auch die 9. Berliner Hochschuldebatte vom 11. Juni 2001, die unter dem Titel „Stiftungsuniversitäten – Entlassung der Hochschule in die Autonomie oder feindliche Übernahme?“ die Positionen der niedersächsischen Hochschulgesetznovelle, der von der Hamburger Wissenschaftssenatorin Krista Sager eingesetzten Kommissionen zu den „Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Organisation von Hochschulen“ (Bericht liegt seit 1. Oktober 2001 vor) und der von Monika Grütters (CDU) vorgeschlagenen Umwandlung der FU in eine Stiftungsuniversität (vgl. Monika Grütters: Thesen zur Wissenschaftspolitik, Unterlagen zur Pressekonferenz am 26. Juni 2000) miteinander ins Gespräch zu bringen versuchte. Vgl. die Dokumentation unter www.hochschuldebatten.de. Symptomatisch auch die Reaktion des PDS-Abgeordneten Benjamin Hoff (www.benjamin-hoff.de), der in der Idee einer Stiftungsuniversität nichts anderes als die „Abkehr vom öf-

Wissenswerte

In der Öffentlichkeit dominiert der Eindruck wenig flexibler und kooperationswilliger Hochschulen, die hinter jeder Aufforderung zu Kooperation und regionaler Verwertung nur die Aufforderung zu vermehrten Einsparungen bzw. Drittmitteln wahrnehmen. Wenig bekannt ist bisher, daß sich hinter der vorderen Front der Kürzungen, „schmerzhaften Einschnitte“ und politisch zu verantwortenden Diskontinuitäten dennoch Ansätze eines regionalen Wissenschaftssystems entwickelt haben. Die beginnen in Berlin bei der wechselseitigen Anerkennung der an anderen Berliner Universitäten erbrachten Studienleistungen und reichen weiter zur Konzentration bestimmter Angebote auf eine Hochschule (in Zukunft nur noch eine Gerichtsmedizin; nur noch ein Lehrstuhl Rechtsgeschichte an der FU bei Fortfall des renommierten Savigny-Lehrstuhls an der Humboldt-Universität). Auf die Gründung interuniversitärer Zentren, wie dem vom WR vorgeschlagenen Antike-Zentrum, haben sich die Universitäten freilich bisher nicht verständigen können. Die größten Fortschritte verbesserter Kooperation sind aber im Bereich der Forschung zu verzeichnen. Hier sind vor allem die Interdisziplinären Forschungsverbände positiv hervorzuheben, die von Wissenschaftssenator Peter Radunski (CDU) eingerichtet und zunächst vor allem von den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen aufgegriffen wurden. Schließlich haben sich auch die Berliner Universitäten beteiligt. In solchen Interdisziplinären Forschungsverbänden, an die sich oftmals Graduiertenkollegs und (teilweise interuniversitäre) Sonderforschungsbereiche anschließen, haben die Universitäten sowohl untereinander wie auch mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen vermehrt zu kooperieren begonnen. Die Mittel für die Forschungsverbände ermöglichen den administrativen overhead. Im Mittelpunkt der Verbände aber standen und stehen die Befähigung und die Fähigkeit der Wissenschaft zur Selbstorganisation. Beispiele hierfür sind das erfolgreiche Experiment des Forschungsverbands Berlin e.V. – ein administrativer Zusammenschluß von acht Forschungsinstituten, der gerade sein 10-jähriges Bestehen feiert –, aber auch die mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln erzielten Wirkungen der Interdisziplinären Forschungsverbände zur Strukturbiologie, Materialforschung, Optoelektronik, „Moderne und Islam“ und anderen Bereichen.¹³

Selbstorganisierte Wissenschaft ist nicht notwendig auch selbstbezüglich, sondern eingebunden in die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Region. Solange die Gemeinschaftsfinanzierung großer Teile der außeruniversitären Forschung gemäß Art. 91b GG vom Land Berlin aufgrund der großen Hebelwirkung der eingesetzten Landesmittel (jeder vom Land investierte Euro zieht allein aus öffentlichen Haushalten ein bis drei Euro des Bundes oder der EU nach sich) als eine win-win-Situation verstanden und vom Land nicht in Frage gestellt oder mit eben so großer Hebelwirkung gekürzt wird, lassen sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen über public-private-Partnerships in die Verantwortung für die Region einbeziehen. Meist vorbereitet durch Interdisziplinäre Forschungsverbände, fanden in Kooperation mit dem Veranstaltungsforum der Holtzbrinck-Gruppe, der Technologiestiftung Berlin, Partner für Berlin und Sponsoren eine Reihe Forschungspolitischer Dialoge (Verkehrsforschung, Biomedizin, Materialwissenschaften, Biotechnologie, Optoelektronik, Mikrosystemtechnik, Geotechnik)¹⁴ statt, auf denen die Bedeutung von Forschungsfeldern für die Generierung nützlichen Wissens und der Wohlfahrtsmehrung der Region erkundet werden sollte. Der letzte forschungspolitische Dialog hat sich im November 2001

fentlich verfassten und politisch regulierten Wissenschaftssystem“ und „die Schaffung faktisch rechtsfreier Räume“ zu sehen vermag.

¹³ Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Forschung in Berlin. Politik. Potenziale. Projekte. Berlin 1999, 17.

¹⁴ Forschung in Berlin. Politik. Potenziale. Projekte. Berlin 1999, 18.

der herausragenden Bedeutung der Medizintechnik für die Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg gewidmet. Ergänzend wurde Anfang 1999 in Adlershof erstmals ein „Strategieforum Wissenschaft, Forschung und Innovation“ – eine Art „Runder Tisch“ für die Strategiefindung der Berliner Wissenschaft organisiert.¹⁵

Eine besondere Form der Schaffung von Wissenswerten sind Alumni-Netzwerke und Ausgründungen oder einfach Firmengründungen von Absolventen. Die Freie Universität, an der im vergangenen Herbst eine Konferenz über die „Entrepreneur-Universität: Herausforderung für die Fakultäten“ stattfand, hat gerade eine Zeitschrift für ihre „Ehemaligen“ herausgebracht: „Wir“. Sie berichtet von wirtschaftlichen Erfolgen ihrer Absolventen und Wegen dahin. Um diese zu fördern, hat die FU seit Oktober 2001 einen Patent- und Lizenzservice (PLUS), der die Wissenschaftler der FU für die Chancen der Erfindungsverwertung sensibilisieren und sie auf dem Weg von der Erfindungsidee bis hin zur Verwertung persönlich betreuen soll. Die Technische Universität ist weiter. Ihr Bereich „Wissenstransfer“ hat in Zusammenarbeit mit dem nationalen Alumniprogramm der TU gerade das wirtschaftliche Potential der TU-Absolventinnen und -Absolventen, darunter auch deren Wirtschaftskraft in der Region, ermittelt. Die Zahlen sind beeindruckend. Die von der Fragebogenaktion erfaßten Neugründungen von TU-Absolventen erwirtschafteten 2000 ein Umsatzvolumen von über 900 Mio Euro. Besonders viele Rückmeldungen kamen aus der Region Berlin, wo mit 750 Mio Euro auch der Großteil des Umsatzvolumens zustande kam.¹⁶

Stehen die Hochschulen mit solchen Zahlen im Wettbewerb, so gehen sie auf der anderen Seite auch Kooperationen ein, wenn es darum geht, gemeinsame Voraussetzungen für „Entrepreneur-Hochschulen“ zu schaffen. Seit der Abschaffung bzw. Modifikation des sog. Hochschullehrerprivilegs haben die Hochschulen ein verstärktes Interesse an der Verwertung patentierungsfähiger Erfindungen ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Denn ab sofort liegen die Rechte für Erfindungen wie bei anderen Arbeitnehmerbeziehungen bei der Hochschule und nicht mehr bei den Wissenschaftler. Im Fall von Verwertungserlösen sollen die Ansprüche der Erfinder jetzt pauschal mit 30% der Erlöse abgegolten werden. Um die komplizierten und kostspieligen Verfahren der Patentanmeldung und Verwertung so professionell wie möglich zu gestalten, haben fünf Berliner Hochschulen gemeinsam mit der Investitionsbank Berlin die „ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH“ gegründet. Ihre Arbeit wird im Rahmen der BMBF-Verwertungsoffensive für zwei Jahre finanziell gefördert. Daß Berlin bei den Gründungen und bei den Patentanmeldungen Nachholbedarf hat, weisen die Statistiken aus.¹⁷

An diversen Formen der Abstimmung und Kooperation bis hin zur Formulierung strategischer Kompetenzfelder mit vielversprechenden Potentialen für die regionale wirtschaftliche Entwicklung und auch an Erfolgen – etwa in den Bereichen der Biotechnologie, der Medizintechnik oder der in den Geisteswissenschaften, einigen geisteswissenschaftlichen Zentren und dem Wissenschaftskolleg vorhandenen „Fernkompetenz“ – fehlt es also nicht. Die Schwierigkeiten liegen dagegen in der mangelnden Kooperationsbereitschaft der Hochschulen, die sich in der vereinigten Stadt noch immer als Konkurrenten sehen und diese Konkurrenz teilweise im Stil „staatlicher An-

¹⁵ Forschung in Berlin. Politik. Potenziale. Projekte. Berlin 1999, 52.

¹⁶ Presseerklärung der Technischen Universität Berlin vom 13.12.2001.

¹⁷ Deutschland hat seit Jahren einen Überschuß des Technologie- und Rechteimports. Hinzu kommt, daß hier ein ausgesprochen schwieriges Gründerklima herrscht. Denn das Risiko des Scheiterns macht Angst und schreckt ab. Das bevorzugt bei Gründungen und bei kostspieligen Patentanmeldungen die großen Firmen. In anderen Ländern, den USA zum Beispiel, sieht das deutlich anders aus. Das Scheitern einer Unternehmung vermehrt die Wissens- oder Erfahrungswerte. Für Deutschland scheint es dagegen symptomatisch, daß die DFG-Ideenwerkstatt, aus der Gründungen hervorgehen sollten, vorerst gescheitert ist.

stalten“ als Konkurrenz um staatliche Subventionen austragen¹⁸. Wo sie hingegen mit ihren wissenschaftlichen Leistungen, mit eingeworbenen Forschungsmitteln und zusätzlich geschaffenen hochqualifizierten Arbeitsplätzen konkurrieren, wird diese Konkurrenz für die Region produktiv. Freilich fügen sich die zahlreichen Kooperationen, Partnerships und strategischen Optionen noch nicht zu einem Leitbild für die Region zusammen. Als werbeträchtige Banner hat Berlin dagegen gleich eine ganze Reihe von Leitbildern vor sich hergetragen: Dienstleistungsmetropole Berlin, Strategisches Wirtschaftszentrum Berlin, Technologiezentrum Berlin. Aber für diese Leitbilder hat die Stadt nicht das erforderliche endogene Potential.¹⁹ Es ist schon so, wie die 2001 ins Leben gerufene „Initiative an morgen denken / Wirtschaft und Wissenschaft für Berlin“ schreibt: Bildung und Wissen sind die einzig verfügbaren Rohstoffe dieser Region, Bildung und Wissenschaft bilden neben den kulturellen Einrichtungen die einzig zukunftsfähige Infrastruktur Berlins. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß das von der BerlinStudie formulierte Leitbild „Berlin – Stadt des Wissens“ unter allen Leitbildern die nachhaltigste Wirkung entfalten konnte. Aber das Leitbild einer Stadt des Wissens ist solange ohne jede Bedeutung, wie es lediglich von Parteien im Wahlkampf eingesetzt, bei der Formulierung des Regierungsprogramms aber sofort wieder fallen gelassen oder – wie im Fall des Programms der aktuellen Koalition aus SPD und PDS – in sein Gegenteil verkehrt wird. Vorerst haben wir es eher mit der Negation der Stadt des Wissens, mit einer Politik am Leitbild „Stadt des Unwissens“²⁰ zu tun.

Symbol für diese Art kaltlächelnden Zukunftsraubs ist der Umgang von SPD und PDS mit dem „Zukunftsfonds“ – also dem aus dem Verkauf von Landesvermögen finanzierten Instrument der strategischen Förderung von anwendungs- und entwicklungsorientierter Forschung in strategischen Kompetenzfeldern in der Rechtsform einer Stiftung. Schon im Sommer 2001 zeigte die Berliner SPD bei der Bildung der Übergangsregierung mit Bündnis 90/Die Grünen keinerlei Interesse am Zukunftsfonds. Bereits damals befand sie sich damit in völliger Übereinstimmung mit der PDS, der eine staatsunabhängige und flexible Förderpolitik ebenfalls ein Greuel war und ist.²¹ Lediglich die Grünen und die von ihnen unterstützte Wissenschaftssenatorin Goehler bestanden auf dem (allerdings stark eingeschränkten) Fortbestand des Zukunftsfonds und forderten dessen Neuauflage und Ausbau in den Verhandlungen zur Bildung einer Ampelkoalition.²² Im Koalitionsvertrag der Berliner SPD und PDS wird der Zukunftsfonds hingegen mit keinem Wort mehr erwähnt. Der Wahlkampfslogan „Stadt des Wissens“ ist solange kein glaubhaftes Leitbild, wie die Bürgerinnen und Bürger der Region nicht an seiner Artikulation und Bildung beteiligt sind und seine Umsetzung auch von der öffentlichen Verwaltung einfordern. Das könnte sich im Augenblick durch den Protest weiter Teile des Berliner Bürgertums gegen die Schließung der Medizin an der FU gerade ändern. Dann nämlich, wenn das angestrebte Volksbegehren nicht allein den Status Quo verteidigt (was angesichts des schon jetzt von SPD und PDS angerichteten Schadens ohnehin nicht mehr möglich ist),²³ sondern zu einer umfassenden öffentlichen Debatte über den

¹⁸ Völlig inakzeptabel sind zum Beispiel die unsolidarischen Äußerungen des Verwaltungsleiters der Charité, Bernhard Motzkus, der die Schließung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin als „alternativlos“ bezeichnet. Das ist sachlich falsch, erschwert die Kooperation der betroffenen Universitäten und folgt einem selbst „unpolitischen“ Politikverständnis der Haushaltszwänge, hinter dem sich die rote Koalition zu verschancen versucht.

¹⁹ Darauf hat Jobst Fiedler (Roland Berger und Partner) in seinem Vortrag auf der von Bündnis 90/Die Grünen veranstalteten Stadtkonferenz „Zukunft für Berlin“ hingewiesen.

²⁰ Vgl. die Artikelserie in BerliNews im Juni/Juli 2001 zu diesem Thema.

²¹ Vgl. Wissenschafts- und Technologie-Newsletter der PDS, 8. Juni 2001: Weg mit dem Zukunftsfonds, weil er dem Landeshaushalt 250 Mio DM entzieht.

²² Vgl. BerliNews vom 9. Oktober 2001: „Revival des Zukunftsfonds?“

²³ Brief der Direktoren Lehrach, Ropers und Vingron des Max-Planck-Instituts für molekulare Genetik in Berlin Dahlem an Wowereit, Strieder und Gysi: Die Entscheidung zur Schließung des Universitätsklinikums,

Wert der wissenschaftlichen Einrichtungen der Region, zur Aneignung dieser Wissenswerte durch ihre Bürger und dadurch auch zu Wertsteigerungen durch vermehrte Verantwortung der Wissenschaftseinrichtungen für die Region führt.

BerlinStudie – Leitbild „Stadt des Wissens“

Mit der vom Berliner Senat in Auftrag gegebenen BerlinStudie²⁴ liegt seit Anfang 2001 erstmals eine weitgehend von allen Akteursgruppen akzeptierte Gesprächsgrundlage für ein mehrdimensionales Leitbild vor. Der Ansatz bezieht die Leitbilder „wettbewerbsfähig aus eigener Kraft“, „offen und sozial gerecht“ sowie „ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll“ auf die in Berlin zur Verfügung stehenden Ressourcen. Das sind neben der Drehscheibenfunktion Berlins „Ost und West zugleich“²⁵ die Ressourcen einer „Stadt des Wissens“. Die Orientierung an diesem mehrdimensionalen Leitbild soll die vielfältigen Akteure und Aktivitäten zusammenführen. Ziel ist die Selbstertüchtigung der Stadt zu verantwortungsvoller und selbstbewußter Selbständigkeit. Hinter der beabsichtigten Wohlstandsmehrung der Kommune durch Arbeit für mehr Menschen steht die alte politische Vorstellung, daß nur die Kommunen politisches Gewicht haben, die sich auch ökonomisch selbst erhalten können. Die Option einer Kommune für das strategische Leitbild „Stadt des Wissens“ bedeutet also, mit Blick auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen den Akzent auf deren ökonomisches Potential, auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger der Region als Anteilseignern der Wissenswerte durch das Schaffen von „Wissensvorsprüngen“ zu legen.

Die europäische Forschungspolitik (im 5. Forschungsrahmenprogramm und im Entwurf für das 6. Rahmenprogramm) und auch die deutsche Forschungspolitik (mit ihrer Umstellung von der Grund- zur Projektförderung und vor allem mit Programmen wie „InnoRegio“, „Lernende Regionen“ und „Stadt 2030“) stellen zunehmend auf die Aufgabe der Generierung von Wissensvorsprüngen ab. Sie konzipieren Wissenschaft von der außeruniversitären, anwendungsbezogenen Forschung her. Selbst die Gegenüberstellung von Grundlagen- und Anwendungsforschung, in der sich vor allem die Sicht der disziplinär organisierten Universitäten spiegelt, stellt sie in Frage, wenn sie (post-disziplinäre) Forschung als befristeten Zusammenschluß von Akteuren zu Entwicklungsprojekten begreift.²⁶ Solche Zusammenschlüsse zu fördern und zu forcieren, ist aus

so heißt es, dokumentiere „für Wissenschaftler im In- und Ausland, für Fördereinrichtungen und Studenten, daß in Berlin die Finanznot über die Zukunftsfähigkeit der Stadt gesiegt hat.“ SPD und PDS werden aufgefordert, „diese kontraproduktive Entscheidung rückgängig zu machen, um den Schaden auf das Geschehene zu beschränken und der Stadt Berlin nicht langfristig die Attraktivität zu nehmen, von der sie (noch) lebt.“ (zitiert nach der Dokumentation in www.BerliNews.de, 10. Januar 2002).

²⁴ Regierender Bürgermeister/Senatskanzlei (Hrsg.): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt, Berlin 2000.

²⁵ Stichwort Berlin als Ost-West-Drehscheibe, die Brückenfunktion nach Osteuropa: Verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen aus Berlin und Brandenburg riefen schon Mitte 1999 die so genannte „Balkan-Initiative“ ins Leben, um den Wissenschaftlern auf dem Balkan beim Wiederaufbau zu unterstützen - Stipendien, Austauschprogramme, Sommerakademien, Veranstaltungen sollen den Weg in die EU ebnen helfen. Ihren Sitz hat die entsprechend Koordinationsagentur bei der Berlin-Brandenburger Akademie der Wissenschaften; Initiatoren waren Präsidenten und Rektoren der Region (Jürgen Ewers, Peter Gaegtens, Hans Meyer, Wolfgang Loschelder, Ernst Sigmund und Hans Weiler, daneben Wolf Lepenies (Wissenschaftskolleg), Friedhelm Neidhardt (WZB) und Detlev Ganten (Max Delbrück Centrum für Molekularbiologie).

²⁶ Gerd Bender: Konferenzbericht zu „A New Mode of Knowledge Production?“. In: *Soziologie* 4 (2001). Die Konferenz bezieht sich auf das ebenso einflußreiche wie hoch umstrittene Buch von Michael Gibbons/Camille Limoges/Helga Nowotny/Simon Schwartzmann/Peter Scott/Martin Trow: *The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies*, London 1994. Ergänzt

Sicht der BerlinStudie Aufgabe eines kommunalen Wissensmanagements. Das soll zur Herausbildung innovativer Milieus beitragen, indem es die regionale Dichte sozialer Institutionen und Netzwerke auf Börsen, Kongressen, Tagungen und Messen, in Stammtischen, interdisziplinären Verbänden und durch Personalaustausch und Kooperationen für eine Erhöhung der Schnittstellen und temporären Zusammenschlüsse nutzt.²⁷

Noch stehen in der Region Berlin-Brandenburg außeruniversitäre Forschung und Hochschulen – abgesehen von den interdisziplinären Forschungsverbänden – weitgehend beziehungslos nebeneinander. Gerade erst 50 Professuren an den Forschungseinrichtungen sind durch gemeinsame Berufungen von Forschungseinrichtung und Hochschulen auch in die Lehre an einer Berliner Hochschule eingebunden.²⁸ Und insgesamt sind viele der außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch eng an Fragestellungen der Grundlagenforschung orientiert.

Aber es gibt auch ermutigende Anzeichen wie die außergewöhnliche Resonanz, auf welche in im September 2001 das BMBF-Förderprogramm „Lernende Regionen“ stieß. An Bedürfnissen und Problemen vor Ort ausgerichtet, suchen die zu etablierenden Netzwerke über verschiedene Bildungsbereiche hinweg Ansätze zur Erhöhung der Transparenz der Angebote, zur Verbesserung von Information und Beratung, zur Qualitätsentwicklung und -sicherung, zum Abbau von Benachteiligungen und Barrieren, zur Unterstützung selbstgesteuerten Lernens und Stärkung von Eigenverantwortung, zur Gleichstellung sowie zur Vermittlung von Medienkompetenz bei der öffentlichen Präsentation sowohl im wissenschaftlichen Kontext wie auch gegenüber der Öffentlichkeit der Bürgerschaft. Neben das *public understanding of science*²⁹, das dem neuartigen Rechtfertigungsanspruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu entsprechen sucht, treten für die beteiligten Netzwerke Aufgaben der Verständigung über die Veränderung der Kriterien für „gute Wissenschaft“ und deren soziale Orte und auf Seiten der Hochschulen die Aufgabe einer netzwerk-kompatiblen Organisation.

Die Diskussion darüber, was in Zukunft als „gute Wissenschaft“ gesellschaftlich anerkannt wird, hat gerade erst begonnen. Angestoßen durch eine Reihe spektakulärer Fälle wissenschaftlichen Fehlverhaltens haben die großen Forschungseinrichtungen (Max Planck Gesellschaft) und Forschungsförderer (Deutsche Forschungsgemeinschaft) Denkschriften über „Verantwortliches Handeln in der Wissenschaft“ mit klaren Handlungsempfehlungen für „gute wissenschaftliche Praxis“ veröffentlicht.³⁰ Wahrscheinlich sind jene Fälle von Fehlverhalten aber auch Anzeichen für neue Handlungsmuster und Kriterien wissenschaftlichen Handelns. Die Diskussion hierüber hat gerade erst begonnen. Immerhin hat die „Junge Akademie“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hierzu eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet.

Was die Frage der Netzwerk-Kompatibilität der Berliner Hochschulen, insbesondere der großen Universitäten, anbetrifft, so hat der RITTS-Report (Regional Innovations and Technology Trans-

wird diese Untersuchung in dem neuen Buch von Helga Nowotny/Peter Scott/Michael Gibbons: *Re-Thinking Science. Knowledge in an Age of Uncertainty*, Cambridge UK 2001.

²⁷ Zum arbeitsmarktpolitischen Potential wissenschaftgestützter Netzbildungen in Berlin vgl. Dietmar Dathe/Günther Schmid (unter Mitarbeit von Heidi Oschmiansky und Kai-Uwe Müller): *Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen*, Berlin 2001.

²⁸ Zahlen für das Jahr 2000 gem. Bericht der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur an das Abgeordnetenhaus vom 16. Juni 2000.

²⁹ Eine Aufgabe, die in Berlin durch Kongresse, Museen, aber auch durch Veranstaltungsreihen wie die „Lange Nacht der Wissenschaften“ vom Spätsommer 2001 angegangen wird.

³⁰ „Verantwortliches Handeln in der Wissenschaft. Analysen und Empfehlungen.“ Vorgelegt im Auftrag des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft von einem Arbeitskreis des Wissenschaftlichen Rates unter dem Vorsitz von Wolfgang Edelstein und Peter Hans Hofschneider, München 2001.

fer Strategy No 134), den die Technologie-Stiftung Berlin 1999 vorgelegt hat, erste Hinweise gegeben. Dieser Report, der in vielen Punkten bei einer insgesamt eingeschränkteren Fragestellung der BerlinStudie zuarbeitet, verabschiedet sich von den alten Mustern der Innovationsförderung durch Technologie-Transfer, z.B. entlang der kausal-konsekutiv gedachten Sequenz von Erfindung, Produktion und Implementation von „Produkten“. Obwohl ihr Name als Technologie-Stiftung noch für dieses alte Muster zu stehen scheint, empfiehlt der Report der TSB statt dessen den Fokus auf vier Aufgaben zu legen: Förderung dezentralisierter Netzwerke, die aus Akteuren der Wissenschaft, der Industrie und von Intermediären bestehen; technologischer Austausch in Innovationsfeldern statt Technologie-Transfer, also nicht Implementation von Medizintechnik, sondern Weiterentwicklung des Gesundheitssektors; Anwendungsorientierung mit Blick auf bestimmte Kompetenzfelder; neue Ansätze für die Einrichtung von Public-Private-Partnerships.

Für die Förderung des letzt genannten Vorhabens von Public-Private-Partnerships empfiehlt der Report nach dem Vorbild der Technischen Universität Berlin den Aufbau von Matrix-Organisationen an den Hochschulen, bei denen die Fakultäten die Kompetenz in bestimmten Feldern repräsentieren und als solche auch handlungsfähig sein sollen.³¹

Was tun?

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS hält unter Punkt X in ihrer Präambel fest: „Es geht darum, eigene Initiative an die Stelle von Subventionsmentalität zu stellen.“ Das ist ein Satz im Geiste der BerlinStudie. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben sind es hingegen nicht. Sie schädigen die Fähigkeiten der Region, sich wirtschaftlich aus eigener Kraft erhalten und entwickeln zu können und die für eine europäische Hauptstadt-Region angemessene politische Rolle im Rahmen der föderalen Ordnung Deutschlands zu spielen. Statt durch Ausbau der wenigen in Berlin auszumachenden Kompetenzfelder auf ein „strategisches Konzept zur nachhaltigen Beschäftigungsentwicklung“³² zu setzen, wird die beabsichtigte Schließung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin die Entwicklung in den Kompetenzfeldern Biomedizin und Medizintechnik und damit in dem zukunftssträchtigen Bereich des Gesundheitssystems insgesamt beeinträchtigen. Die Argumente für die Erhaltung des Universitätsklinikums liegen sämtlich auf dem Tisch: Wissenschaftlich bestätigt der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit des Erhalts, ökonomisch und fiskalisch belegt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin die enorme Bedeutung der „medizinischen Fakultät FU“ als Standortfaktor mit großer Nachfragewirkung. Es reicht nämlich nicht, die Folgen einer Schließung ausschließlich auf der Ausgabenseite des Landeshaushalts abzulesen. Denn sie würde auch die Einnahmenseite negativ betreffen. Berlin aber braucht vor allem Einnahmen, und zwar vor allem durch die wertschöpfende Arbeit hochqualifizierter Menschen. Politisch gehört das Klinikum gemeinsam mit der Charité zum System der Versorgung der Region Berlin-Brandenburg mit einer im Bundesvergleich durchschnittlichen Ausstattung von Betten in der Universitätsmedizin. Seine Schließung ist auch mit Blick auf die beabsichtigte Länderfusion kurzsichtig.

Hinter der scheinbar alternativlosen Forderung nach Einsparungen in der bekanntermaßen „teuren“ Universitätsmedizin steht die falsche Prämisse, daß dort gespart werden müsse, wo besonders viele Investitionen notwendig seien. Die von der Koalition genannte Sparsumme ist unre-

³¹ RITTS-Project Berlin (RITTS 134). Final Report by Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin (TSB), Berlin 1999, 13.

³² Investitionsbank Berlin: Eckpunkte für ein neues Standortmanagement Berlin, Berlin November 2001, 11f.

alistisch, sie der Suche nach alternativen Einsparmöglichkeiten zugrunde zu legen, ist unseriös. Statt dessen muß die vom Stadtforum im Sommer 2001 angesichts der Bankenkrise und später von der Kommission zur „Staatsaufgabenkritik“³³ aufgeworfene Frage wiederholt werden, ob die öffentliche Hand in Berlin unter Gesichtspunkten der nachhaltigen Beschäftigungsentwicklung überhaupt in den richtigen Feldern investiert: Sind die Beteiligungen an Bank-, Versicherungs-, Schwimmbäder- und Wohnungsbaugeschäften ebenso wichtig wie die Investition in Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen?

Volksbegehren und Volksentscheid zur Frage der Schließung des Universitätsklinikums werden einen wichtigen Schritt in Richtung Entstaatlichung und Aneignung der Wissenschaftseinrichtungen durch ihre Bürgerinnen und Bürger darstellen. Dabei darf es dann aber nicht bleiben.

Die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die von der Freien Universität im Augenblick der Gefährdung der FU-Medizin betrieben wird, muß verstetigt werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Region wollen nicht nur einmal im Jahr in die Labore und Forschungseinrichtungen gucken oder mit dem Bus durch Forschungslandschaften geführt werden. Sie wollen mehr über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit erfahren und erwarten die Mehrung von Wissenswerten. Hierfür reichen Publikationslisten auf persönlichen Websites nicht aus. Erwartet werden Inhalte, die Publikationen selbst³⁴ oder doch wenigstens Abstracts, Zusammenfassungen oder populäre Darstellungen. Bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Berliner Hochschulen muß die Bereitschaft zu einer solchen Art der Veröffentlichung gefördert werden. Organisatorisch müßte das durch die Zusammenführung von Bibliotheken und Rechenzentren und durch den vermehrten Einsatz elektronischer Mittel des Publizierens erleichtert werden.

Der nächste Schritt könnte die Umwandlung der FU in eine Stiftungsuniversität sein. Dieser in Berlin bisher nur von der CDU vertretene Gedanke hat zwei Vorteile: institutionell-rechtlich würde die Entstaatlichung verfestigt. Die Pflicht des Landes zur finanziellen Absicherung des Stiftungszwecks würde eine größere Rechtssicherheit gewährleisten, als es die Hochschulverträge tun, die die rote Koalition auch ohne Kündigung ja faktisch aushöhlen will. Darüber hinaus sind beachtliche Effizienzgewinne zu erwarten, wenn die FU das Management ihrer Gebäude und Liegenschaften in eigene Hände nimmt. Ohne die Spendenbereitschaft US-amerikanischer Bürger wäre das Klinikum Benjamin Franklin nie zustande gekommen. Eine Stiftungsuniversität, deren Vermögen aus ihren Liegenschaften besteht und die jeden gespendeten Euro ohne Anrechnung auf die weiterhin erforderlichen Zuschüsse durch das Land ihrem Vermögen zuführen kann, könnte in Verbindung mit einem steuerlich und zivilrechtlich verbesserten Stiftungsrecht einen Anteil des gewaltigen Vermögens von etwa 250 Mrd. Euro an sich binden, das in der Bundesrepublik Jahr für Jahr vererbt wird.

Zur Entwicklung einer Netzstadt des Wissens gehören auch nichtstaatliche Instrumente der strategischen Steuerung. Das hierzu geeignete Instrument ist ein Zukunftsfonds, der als Innovations- und Nachhaltigkeitsfonds ausgerichtet wird, um in den Bereichen Mobilität (Verkehrsforschung und Verkehrstechnologie); Energie; Information- und Kommunikation; Gesundheit (Medizin und Biowissenschaften, Medizintechnologie) innovative Maßnahmen, die den Kriterien der Nachhaltigkeit genügen, gezielt zu fördern.

³³ Expertenkommission Staatsaufgabenkritik. Abschlußbericht November 2001 (als download unter: <http://www.berlin.de/home/Land/SenInn/AbteilungR/raktuell/>)

³⁴ Zur wissenschaftspolitischen Bedeutung des e-publishing und den damit verbundenen Fragen des „digitalen Urheberrechts“ resp. digital rights management vgl. Programm und Dokumentation der Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung vom 1. März 2002 zum „Digitalen Urheberrecht“ in www.wissensgesellschaft.org/themen/wemgehoert/urheberdigital.html.

Nicht nur ökonomisch sondern auch wissenschaftspolitisch hat der biowissenschaftliche und medizinische Bereich eine besondere Stellung. Er ist daher nicht abzubauen, sondern auszubauen, wofür im übrigen ja mit zwei Universitätskliniken, einschlägigen Max-Planck-Instituten, weiteren Instituten und dem Forschungscampus in Buch auch hervorragende Voraussetzungen bestehen. Aber nicht nur die Gründungsdynamik mit einem Beschäftigungswachstum von ca. 21 Prozent im Jahr³⁵, sondern auch die Qualität der in Berlin in Forschung, Lehre und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses betriebenen Medizin verdient besondere Beachtung und Pflege. Auf der einen Seite hat die Charité mit dem Reformstudiengang Medizin einen bundesweit beispielgebenden Studiengang für die praxisgerechte Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern für ein sich wandelndes Gesundheitssystem eingerichtet.³⁶ In zwei Jahren endet die Experimentalphase, und es muß über die Verallgemeinerung der Prinzipien dieser Ausbildung an Charité und Freier Universität entschieden werden. Ziel sollte es sein, diesen Reformstudiengang zum Markenzeichen für die Zukunftsfähigkeit der Berliner Hochschulmedizin zu machen. Zugleich aber sollte die seit Jahren angemahnte Verbesserung der Förderung des medizinisch-wissenschaftlichen Nachwuchses angegangen werden. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Einrichtung zahlreicher klinischer Forschungsgruppen ist aber nur ein erster Schritt. Ihm sollten Schritte zur Stärkung der wissenschaftlichen Arbeitsfähigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses und die systematische Auseinandersetzung mit den sich wandelnden Kriterien „guter Wissenschaft“ folgen. Hierbei kann in vielerlei Hinsicht an das Curriculum des Benjamin-Franklin-Kollegs der Freien Universität angeschlossen werden.³⁷ Ziel muß es sein, die Stärken der medizinischen und der wissenschaftlichen Ausbildung an den beiden Universitätskliniken zu stärken. Dazu braucht es keine Schließung der einen oder eine Fusion beider Kliniken zu einem Großklinikum nach dem Maß ostdeutscher Kombinate, sondern Kooperation. Die Bereitschaft zur Kooperation aber hängt von der Verantwortung gegenüber der Wissenschaftsregion und von der Öffnung der beteiligten Universitäten gegenüber den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ihrer Region ab. Unter dem Diktat der Koalitionsbeschlüsse der roten Regierung wird Kooperation jedoch nicht gedeihen.

³⁵ Eckpunkte für ein neues Standortmanagement Berlin, S.14. Berlins Stellung in diesem Bereich ist relativ gut gemessen an der Anzahl der Unternehmen, der Neugründungen und der Forschungsdichte. Demgegenüber weisen die Regionen München mit 63 Prozent und Rhein-Neckar mit 24 Prozent ein deutlich höheres Beschäftigungswachstum auf.

³⁶ Vgl. hierzu den Bericht über die 10. Berliner Hochschuldebatte vom 19. November 2001 („Reformstudiengang Medizin: Welche Medizin wollen wir?“), die den Reformstudiengang der Charité und an der Universität Witten/Herdecke zur Diskussion stellte, unter www.hochschuldebatten.de sowie die homepage des Reformstudiengangs unter www.hochschuldebatten.de.

³⁷ Siehe die Materialien zum Benjamin-Franklin-Kolleg auf der homepage www.medizin-fu.de/studium/bfk.html

WOZU BRAUCHT BERLIN DREI UNIVERSITÄTEN?

Eine Podiumsdiskussion mit den drei Berliner Universitätspräsidenten
am 6. Dezember 1999

mit

Peter Gaehtgens, Freie Universität Berlin

Hans Meyer, Humboldt Universität Berlin

Hans-Jürgen Ewers, Technische Universität Berlin

Moderation: Sybille Volkholz

Sybille Volkholz: Wie verändern sich Hochschulen in der Wissensgesellschaft? Hochschulen und vor allem Universitäten werden in zunehmende Konkurrenz zu anderen Bildungseinrichtungen treten, Bildungseinrichtungen werden sich erheblich diversifizieren. Daher die Frage: Wozu braucht Berlin drei Universitäten?

Wir wollen uns auf drei Themenschwerpunkte bzw. Fragen konzentrieren:

- Welche Profile, Fächerschwerpunkte haben sich die Hochschulen gewählt bzw. wollen sie noch entwickeln?
- Welche Planung gibt es für die Studienreform? (Daran hängt die Frage nach den Abschlüssen.)
- Welche Rolle spielen die Hochschulen für die Entwicklung der Region, welche Bedeutung haben sie für die Zukunft dieser Stadt?

Peter Gaehtgens (FU): Zuerst zum Stichwort Wissens- und Informationsgesellschaft. Was wird die Rolle der Bildungsinstitutionen sein? Ich denke, daß wir uns im Verhältnis zu der heutigen Situation mehr auf eine Art von Ausbildung konzentrieren sollten, die unter dem allgemeinen Begriff des lebenslangen Lernens zusammengefaßt wird. Für unsere Universität ist es ein wesentlicher Zielanspruch, uns nicht ausschließlich mit dem Erststudium zu beschäftigen, sondern auch für diejenigen zur Verfügung zu stehen, die, nachdem sie schon einen beruflichen Versuch gemacht haben, nun aber vielleicht andere Ideen entwickelt haben, an die Hochschule zurückwollen. Man wird sicherlich mit einer anderen Art von Didaktik oder Pädagogik mit solchen Menschen umgehen müssen, die bereits aus dem Berufsleben kommen und eine neue Ausbildung anstreben. Die FU sollte dafür kandidieren und dies mit einer besonderen Akzentuierung entwickeln. Nachdem die drei Universitäten durchaus intensiv über ihre Entwicklungsplanungskommissionen miteinander kommuniziert haben sind die Strukturplanungen in dem Versuch zustande gekommen, für bestimmte Areale inhaltliche Schwerpunkte zu definieren, die, nicht inhaltlich identisch, überall gleich vorgehalten werden. Aber man muß vielleicht auf der anderen Seite sagen, daß solche Versuche nur sehr begrenzt wirklich wirksam sein können. Es ist eben nicht dasselbe, wenn drei Universitäten dreimal Germanistik anbieten. Dieser Begriff beschreibt unter Umständen in sehr unterschiedlichen Ausformungen, was an drei Universitäten angeboten werden kann. Und wenn es ein positives Unterstützungssystem für die Hochschule gäbe, das sich danach richtet, ob die Studierenden sich dafür oder dagegen entscheiden, was an Lehrveranstaltungen angeboten wird, dann wäre das ein sehr einfacher Regulationsmechanismus.

Die Inhalte haben eine sehr viel geringere Rolle gespielt als die Quantität. Das ist vielleicht ein Problem gewesen und ist der Haushaltslage des Landes Berlin geschuldet. Es ging ja nicht in erster Linie darum, Inhalte zu diskutieren, sondern es ging in allererster Linie darum, Strukturen neu

zu definieren und die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen zu definieren. Ich denke, daß man da eine Menge inhaltlicher Arbeit noch nachtragen muß.

Für die FU ist charakteristisch, daß sie eine besondere Intensität auf die Pflege ihrer sogenannten kleinen Fächer verwandt hat. Das sind Disziplinen, die durch zwei oder maximal drei Professuren, oft auch nur durch eine Professur charakterisiert sind, und die daher auch sehr nahe am Existenzminimum sein können. Wenn Sie von zwei auf eine Professur gehen, dann kann es sein, daß Sie das Fach praktisch nicht mehr darstellen können. Davon haben wir eine besonders große Vielfalt, die die Studierenden offensichtlich an der FU schätzen. Entgegen allen rankings, die man so in Magazinen lesen kann, ist es ja so, daß wir nach wie vor einen sehr hohen Zustrom an Studierenden haben.

Was unser Profil an der FU weiterhin mitbestimmt hat, sind die regionalwissenschaftlichen Studiengänge. Am Beispiel des John-F.-Kennedy-Instituts, wo eine transdisziplinäre Arbeit existiert, kann das verdeutlicht werden: Historiker, Politologen, Ökonomen bearbeiten zusammen eine Region. Das ist ohnehin ein wichtiges Kennzeichen zukünftiger universitärer Strukturen, daß sie sich viel mehr interdisziplinär engagieren als bisher.

Zur Frage nach den Planungen und Zielen für die Studienreform: Was ist in Planung, was wurde realisiert? Der wesentliche Punkt hier ist natürlich die Frage: Bachelor bzw. Master? Die Bereitschaft, dieses Thema an der Universität zu diskutieren, ist begrenzt, und die Argumente, dertwegen die neuen Studiengänge sozusagen empfohlen werden, werden nur sehr begrenzt geteilt. Die Argumente für diese Studiengänge sind ja die Mobilität, die Vergleichbarkeit, die internationale Vergleichbarkeit, die Verkürzung der Studienabschlüsse oder der Studiendauern, da hat die FU natürlich ein großes Problem, denn unsere Studiendauer ist immer noch erheblich zu lang. Dann werden die Berufs- und die Praxisorientiertheit angeführt. Die entscheidende Frage ist: Stehen sie anstelle von oder zusätzlich zu den existierenden klassischen Ausbildungsgängen?

Wir haben bereits zwölf Bachelor- bzw. Masterstudiengänge derzeit eingeführt und haben gesagt: Nun ist es genug, wir müssen einmal darüber nachdenken, ob wir eigentlich mehr – oder alles – in dieser Form haben wollen, oder ob wir das nicht haben wollen. Da gibt es übrigens sehr unterschiedliche Fächerkulturen: In den Naturwissenschaften ist die Bereitschaft dazu sehr viel geringer, weil sie sagen, der Diplomstudiengang ist einfach ein Goldstandard, auch international.

Nun zur dritten Frage, nach der Bedeutung der Universität für die Stadt Berlin: Wissenschaftsmetropole Berlin. Wenn ich höre global city und city of science, und was da so alles zitiert wird..., erstens kann man das auch gut auf deutsch ausdrücken, glaube ich, und zweitens wird mir ein Punkt dabei erheblich unterschätzt, nämlich: So wahr es ja ist, daß Bildungsinstitutionen und ihre Leistung einen wesentlichen Effekt haben auf das wirtschaftliche Gebaren und die wirtschaftliche Produktivität einer Region, so wenig ist das der einzige wichtige Zusammenhang. Die Universität ist eine Bildungsinstitution und nicht eine Arbeitsplatzgenerierungsinstitution allein.

Volkholz: Herr Meyer, Ihnen wird oft nachgesagt, Sie würden den Anspruch vertreten, die Humboldt Universität wäre sozusagen auf Platz eins der Wissenschaft. Wehren Sie sich dagegen, oder demonstrieren Sie, jetzt wie das aussieht?

Hans Meyer (HU): Die Humboldt-Universität war 100 Jahre lang die erste Universität Deutschlands. Wir haben den Ehrgeiz, wieder an die erste Stelle zu kommen. Und wenn die FU mitzieht, würde ich das für hervorragend halten. Mit der TU konkurrieren wir ja nicht in dem Sinne, weil sie ja ein anderes Fächerspektrum hat, aber mit der FU arbeiten wir engstens zusammen. Wir haben gemeinsame Studiengänge, wir erkennen jeweils Detailleistungen an und natürlich konkurrieren wir auf dem Forschungs-Drittmittelmarkt um Forschungsgelder. Insofern haben wir ein ganz

normales Verhältnis zueinander, und die drei Präsidenten haben sogar ein herzliches Verhältnis zueinander.

Volkholz: Welches Profil wird mit der Veränderung durch die Hochschulstrukturplanung für ihre Universität angestrebt?

Meyer: Wir haben eine Strukturplanung gemacht, und an dieser Strukturplanung waren alle beteiligt. Die Strukturplanung stand unter dem Diktat, etwa 20% der Professuren abzuschaffen. Wir haben dies wie die anderen beiden Universitäten innerhalb von einem halben bis einem dreiviertel Jahr geschafft, und zwar in der Phase der stärksten Studentenproteste der letzten vier Jahre. Das heißt, wir haben alle drei eine sehr vernünftige Politik betrieben und haben alle drei Strukturpläne vorgelegt, die dem Wissenschaftsrat, wie wir ja hören, zur Zeit vorliegen, und ich denke, daß im großen und ganzen diese Strukturpläne vom Wissenschaftsrat sozusagen toleriert werden.

Welchen Sinn gibt es aber, zwei Universitäten mit 70.000 Studenten zusammenzulegen? Das kann gar nicht funktionieren. Wir sind zwei sehr große Universitäten, und Berlin muß sich darüber im klaren sein, ob es diese zwei braucht oder nicht. Und ich denke, es braucht sie bitter notwendig. Denn wir sind die einzigen Träger in Berlin, die sozusagen die Jugend von außen hierher ziehen, 50% der Studierenden kommen nicht von Berlin, sondern von auswärts. Das ist eine ziemlich hohe Zahl. Und das gibt einen dauernden Zuzug in die Metropole, der nicht zu unterschätzen ist in seiner kulturellen Bedeutung und in der Bedeutung der Regeneration dieser Metropole. Also ich halte diese Redereien über halbe, Drittel- oder Viertel-Hochschulen für Berlin für völlig irrelevant.

Dann haben Sie gefragt, welche Fächerschwerpunkte kristallisieren sich heraus? Bei uns ist ganz eindeutig: Durch den Umzug nach Adlershof wird die Naturwissenschaft neu justiert werden – die Überlegungen gehen dahin, ein Grundstudium Naturwissenschaften, und darauf aufbauend erst die Spezialisierung, vorzusehen. Es wird wahrscheinlich eine internationale Graduate School in dem Bereich geben. Und natürlich wird die Forschung sich stärker ausrichten auf das, was in Adlershof schon vorhanden ist und was in Adlershof betrieben werden soll. Wir haben das große Kuratorium, das nach meiner Meinung (Frau Volkholz möge weghören) in großen Teilen eine Schwatzbude gewesen ist, ich sage das ganz hart, auf neun Leute reduziert. Hier haben Abgeordnete die Reden gehalten, die sie im Parlament nicht halten konnten. Und das ist nicht Aufgabe eines mitwirkenden Kuratoriums. Sie haben gar nicht gemerkt, daß sie ein Organ der Hochschulen waren und Hochschulinteressen zu vertreten hatten. Sie haben ihre eigenen Interessen vertreten.

Zudem werden wir im Januar eine neue Hochschulleitung wählen, die kollegial organisiert ist, mit hauptberuflichem Vizepräsidenten, wir schaffen den Kanzler als Typus ab, natürlich nicht seine Aufgaben, die werden verteilt. Und wir haben den Präsidenten etwas minimiert in seiner Bedeutung, weil jetzt die wichtigsten Entscheidungen kollegial getroffen werden. Er hat noch eine kleine Richtlinienkompetenz, aber keine Kompetenz, in die einzelnen Fachressorts hineinzuregieren. Dadurch erhoffen wir uns eine größere strategische Kompetenz in der Universitätsleitung. Das bedeutet nicht einen Abbau von Mitbestimmung. Der akademische Rat hat genauso viel zu sagen wie vorher, das Konzil hat genauso viel zu sagen wie vorher und die Fakultätsräte ebenso.

Es hat auch Abstimmungsprozesse zwischen den Hochschulen gegeben. Natürlich hat es Abstimmungsprozesse gegeben in den Fächern zwischen den Vizepräsidenten, zwischen den Präsidenten. Im großen ganzen hat die Abstimmung Erfolg gehabt.

Und die Frage, ob es Abstimmungsprozesse zwischen den Berliner und Brandenburger Universitäten gegeben hat, dazu muß ich sagen, daß die Abstimmung sehr viel lockerer gewesen ist, wenn es überhaupt eine gegeben hat. Aber das liegt von uns aus gesehen natürlich daran, daß wir relativ

weit von der nächsten Brandenburger Universität entfernt liegen und wir nicht glauben, daß solche Abstimmungen für uns – im Augenblick jedenfalls – sinnvoll sind.

Volkholz: Es hat bei Ihnen an der TU erhebliche Auseinandersetzungen um die Frage des Profils gegeben.

Hans-Jürgen Ewers (TU): Wir haben im Prinzip daßelbe Problem, das Herr Meyer eben bei seiner Humboldt Universität gesehen hat. Wir waren mal die beste Technische Hochschule in Deutschland. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß wir dann irgendwann auch mal die „braunste“ waren. Aber wir wollen wieder in die Position, die beste zu sein.

Mit der Strukturierung hatten wir es in der Tat etwas leichter, weil das, was zum Pflichtprogramm einer Technischen Universität gehört, bei uns noch unterzubringen war. Bei uns hieß die Kürzungsdevise nicht wie bei der Humboldt Universität 20%, sondern 40%. Wir mußten im Endeffekt die Zahl unserer Hochschullehrer im Vergleich zu Mitte der 80er Jahre fast halbieren. Es war völlig klar, daß wir ohne starke Naturwissenschaften nicht auskommen, weil die Naturwissenschaften so etwas wie die Innovationsreserve der Ingenieurwissenschaften sind. Da, wo die Ingenieure in die Innovation und in die Forschung reingehen, sind sie eigentlich Naturwissenschaftler. Insofern brauchen wir eine starke Physik, Mathematik und auch Chemie. Das ist ganz wichtig, daß man sie nicht als Kerndisziplin beschneidet, und sozusagen nur noch auf die Kooperation mit den Ingenieurwissenschaften setzt.

Wir sind ja nach dem Kriege 1946 von den Briten wiedergegründet worden und haben dann Geistes- und Sozialwissenschaften sozusagen verordnet bekommen, damit nie wieder aus einer Berliner Technischen Hochschule heraus eine Waffenschmiede und ein schneller Anpasser an ein Regime wird. Also man hat uns etwas verordnet, was jetzt historisch gesehen eigentlich zu unserer Stärke geworden ist. Kein Mensch in der Wirtschaft will technische Fachidioten kaufen, sondern alle möchten natürlich Ingenieure haben, die eben auch in der Lage sind, etwas vom Management zu verstehen und die sich auch mit dem Wertewandel auskennen, um Führungsqualitäten haben zu können. Das heißt, wir haben eine geisteswissenschaftliche Fakultät, wir haben also ungefähr 25% unserer Professuren in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Wir machen im Rahmen unseres Frankreichzentrums eben auch Kooperation zwischen Naturwissenschaftlern, also deutschen und französischen.

Die Grundidee war die, daß wir die Universität von der Forschung her aufbauen, wohlwissend, daß gute Forschung gute Lehre hervorbringt und auch ohne gute Lehre nicht möglich ist.

Die Profilierung der Universität erfolgt jetzt über quer zu den Fakultäten liegende interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte. Die müssen mehr oder weniger von unten nach oben generiert werden, weil wir in der zentralen Universitätsleitung nicht die fachliche Weisheit haben, um solche Forschungsschwerpunkte zu generieren.

Ein Dutzend Forschungsschwerpunkte werden in dem Sinne unser Profil sein, daß wir auf diesen Gebieten überkritische Massen erzeugen wollen, um damit weltweit Anerkennung zu haben.

Ein Schwerpunkt, an dem wir gerade basteln, ist Wasser: Wasser wird auf die Dauer weltweit eine gefragtere Ressource sein als Erdöl. Und Wasser ist etwas, wo wir eine Zusammenarbeit mit vielen Disziplinen brauchen. Dieser Schwerpunkt gewinnt zunehmend an Relevanz und an internationaler Förderung.

Ich nenne einen anderen Schwerpunkt: Sanierung alter Innenstädte. Dort kombinieren wir Kunstwissenschaften mit Stadt- und Regionalplanern, mit Bauingenieuren, mit Architekten, mit Geologen, mit Landvermessern und zum Teil mit modernen Lasertechnologien. Dies ist ebenfalls ein weltweit angewandter Schwerpunkt.

Des Weiteren: Auch Mikrosystemtechnologie wird ein Schwerpunkt sein, der sich mit der Verbindung von Miniaturisierungstechniken, also feinstmechanischen Techniken, und Mikrochips befasst wird. Und ich nenne zum Schluß einen vierten Schwerpunkt, nämlich Nanotechnologien. Das sind Technologien, die im Bereich kleinster Teilchen funktionieren. Nanotechnologien, die es uns ermöglichen, tausende intelligenter Chips auf Leiterplatten zu bringen, die nicht größer sind als der Nagel Ihres kleinen Fingers.

Zur Frage der Fachhochschulen und Universitäten und damit letztlich zum Wissenschaftsrat: Meine größte Befürchtung ist, daß der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten anfängt, Klötzchen zu schieben. Die Universitäten haben da gewisse Module oder Studiengänge, die man hin und herschieben kann. Was in den Verträgen steht, wird ein Riesenproblem, insbesondere, daß wir Studiengänge an die Fachhochschulen transferieren sollen. Ich will das Problem einfach mal benennen: Einen Studiengang wie Gebäudetechnik an der TU können Sie z.B. genauso gut an der Fachhochschule machen. Das ist nicht das Problem, aber Sie müssen sehen, daß wir diesen Studiengang zu Grenzkosten betreiben. Das heißt, es gibt etwa zehn Lehrstühle, die sind eingespannt in andere Studiengänge und liefern ein kleines Deputat in die Gebäudetechnik hinein. Wir betreiben den wirklich zu Grenzkosten. Selbst wenn wir den dauerhaft abgeben, können wir nicht eine müde Mark abgeben, weil die Grenzkosten für das Betreiben des Studiengangs fast null sind. Und selbst wenn wir abgeben könnten, würden die Professoren ihren Anspruch geltend machen, an der Uni zu bleiben, das heißt also, wir würden nichts anderes erzeugen als einen Übergang bei den Universitäten. Darüber muß man sich im klaren sein. Jede kurzfristige Verschiebung bringt die nächsten 10-15 Jahre gar nichts – außer einem Überhang.

Volkholz: Herr Gaetgens, Sie hatten gesagt, der Senat habe sich mit dem Hochschulstrukturplan auf Quantitäten beschränkt. Mehr ist ja auch nicht seine Aufgabe. Es ist nicht Aufgabe der Politik, die Inhalte der Studiengänge festzulegen. Die Frage ist natürlich, wie Sie es schaffen, in Abstimmung dann die jeweils inhaltlichen Schwerpunkte auf die Hochschulen zu verteilen. Und Herr Meyer, Sie haben gesagt, die Abstimmung funktioniere, aber gerade diese Frage ist eine, die Ihnen von außen immer am meisten vorgeworfen wird. Herr Schultze vom Wissenschaftsrat hatte gerade deswegen auch den Vorschlag eines gemeinsamen Hochschulrates gemacht, weil bei allen Evaluationen das Problem der mangelnden Kooperation und der mangelnden Abstimmung zwischen den Universitäten immer als eines der zentralen Probleme auftaucht.

Till Heier-Stuffer (Rektorat Uni Potsdam): Der Stichpunkt Kooperation ist das, wo ich gerne anknüpfen möchte. Ich möchte, obwohl es ja eigentlich nur um die drei Berliner Universitäten geht, etwas die brandenburgische Sicht einbringen. Herr Ewers, Sie haben gesagt, die Universität Potsdam hätte den Anspruch, eine Volluniversität zu werden und das höre ich insofern ganz besonders ungern, weil das immer als das Argument unseres Wissenschaftsministeriums vorgebracht wird, uns unsere Mittel zu streichen.

Volkholz: Es hat ja keiner bei uns die Vorstellung, daß sich die Präsidenten hinsetzen und die Wissenschaften sortieren, auch nicht, daß die Politik das tut. Nach wie vor steht die Frage, wie kommt Herr Schultze dazu, einen Hochschulrat zu fordern, der eine solche Abstimmung koordiniert? Und die zweite Frage: Rüttelt es sich denn bei den Naturwissenschaften in Adlershof auch alles so, wie Sie, Herr Meyer, das darstellen? Sortieren Sie sich alle selber zueinander und klären die Schwerpunkte?

Dann gehen wir gleich zur Studienreform über, wenn dies kein Problem ist, aber warum sehen das alle anderen als Problem, nur Sie nicht, Herr Meyer?

Meyer: Frau Volkholz, ich will eine Vermutung anstellen, warum Herr Schultze davon spricht. Der Wissenschaftsrat war in einigen Regionen um sein Votum gebeten worden, in denen es klar war, daß die bestehenden Universitäten in der Größe nicht aufrechterhalten werden konnten. Das war insbesondere die Region des Saarlandes und Rheinland-Pfalz. Und daher kommen nun die Ideen, daß das in Berlin auch so sein müßte. Das würde aber voraussetzen, daß wir nicht 85.000 Studienplätze hätten, sondern daß der Staat sagte, 40.000 Studienplätze. Und dann würde freilich die Frage entstehen, brauchen wir drei bzw. können wir uns drei Universitäten leisten? Und die Antwort wäre, nein. Wir haben immer noch eine Studienplatzzahl, die niedrig genug ist für Berlin, die drei Universitäten ausreichend trägt und zwar drei große Universitäten ausreichend trägt.

Bernhardt Weinschütz (hochschulpolitischer Sprecher Bündnis '90/Die Grünen): Zum „lebenslangen Lernen“: Es wird ja meist als Drohung empfunden. Man muß, glaube ich, scharf unterscheiden. Man kann sozusagen das Angebot der Universitäten für den dritten Lebensabschnitt nehmen, das ist ein besonderes Angebot, das mittlerweile schon zu Schwierigkeiten führt, weil die Zahl der älteren Leute die Zahl der jungen Studierenden übersteigt. Und wenn sie als Lehrender vor ein Auditorium treten, das ein ganz unterschiedliches Erfahrungswissen im Kopf hat, können sie keine vernünftige Vorlesung halten. Und die Studierenden beschwerten sich darüber, weil die Alten immer alles schon besser wissen, weil sie eine längere Lebenszeit und mehr Erfahrung gesammelt haben. Das ist eine Klientel, die wir bei der jetzigen Überlastung derzeit im Grunde überhaupt nicht bedienen können. Davon zu trennen ist das lebenslange Lernen der Leute, die im Beruf stehen, das Lernen der Berufstätigen. Wann immer wir solche Angebote machen müssen, können wir das nur gegen Entgelt machen, weil der Staat nicht bereit ist, dafür zu zahlen, davon bin ich überzeugt.

Volkholz: Nun zur Studienreform: Herr Meyer, inwieweit wird über Abschlüsse diskutiert? Das erste Stichwort ist ja bereits gefallen: Internationalisierung. Inwieweit werden Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten? Wieweit werden Abschlußverfahren vereinfacht? Und die Frage im Zusammenhang mit lebensbegleitendem Lernen: Wieweit wird bei Ihnen auch an Konzepten der Modularisierung zwischen Erstausbildung und Weiterbildung gearbeitet?

Meyer: Es gibt erstmalig ab Mitte Januar eine zentrale Evaluierung, auf ganze Studiengänge bezogen. Das betrifft etwa ein Drittel der Studierenden. Dann auch Auswertungen in den Fächern mit Eigenberichten und auswärtigen Gutachten, und schließlich haben wir schon länger fünfzehn laufende studentische Evaluationsprojekte.

Was Bachelor und Master angeht, so sind wir einerseits noch grundsätzlich in der Debatte, andererseits gibt es das in einigen Bereichen schon. Und ich habe gerade heute gehört, daß die landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät im Gartenbau Bachelor- und Masterabschlüsse einführt und das Diplom ablöst.

Wenn man die Frage Bachelor und Master in Ruhe betrachtet, dann war die Frage nach der Internationalisierung vorgeschoben, als ob 80% der deutschen Studienabgänger in den USA arbeiten wollten. In Wirklichkeit war von der politischen Seite gewollt, die Massenuniversität zu bewältigen, d.h. der hohe Wunsch, nach vier Jahren spätestens 80% der Studierenden aus der Universität herauszuhaben und mit den übriggebliebenen 20% das Masterstudium zu machen. Nun ist die Sache schon so weit gediehen, daß man sagen kann: Ganz gleich, was die gewollt haben, es ist kaum noch abzuwenden. Es ist kaum noch abzuwenden, obwohl unser Schulsystem ein völlig anderes ist als das in Amerika. Abgesehen davon, daß unser Berufssystem in seiner Starrheit ein völlig an-

deres ist als das in den USA. Es wird nur gehen in meinen Augen, indem wir das Diplom aufgeben. Wir können nicht beides zusammen betreiben, denn das würde Kapazität binden, die wir gar nicht haben.

Und jetzt ist evident, daß wir zumindest im Bachelor-System ein sehr stark modularisiertes System haben werden; und diese Modularisierung birgt große Gefahren. Dann stellt sich die Frage: Wie ist der Übergang von Bachelor zu Master? – unabhängig von der Frage, ob die Berufswelt eigentlich Bachelor annimmt. Hier ist eben die Frage, ob man tatsächlich eine Art Eingangsprüfung macht oder ob man die Höhe des Bachelorabschlusses maßgeblich für das weitere Studium sein lassen will. Oder ob man darauf vertraut, daß die Studierenden aus eigenem Antrieb zu einem nicht unerheblichen Teil die Universität verlassen. Und möglicherweise gibt es ja den Anreiz, vielleicht mit einem Bachelor die Uni zu verlassen. Und wenn wir es also machen, werden wir mit vielen Unwägbarkeiten zu tun haben, und wir werden uns darauf einstellen müssen, daß wir das unter Umständen wieder reformieren müssen – und zwar möglichst schnell.

Volkholz: Welche Diskussionen, welche Planungen zur Reform des Studiengangs, der Studiengänge, der Abschlüsse gibt es an der TU?

Ewers: Wir müssen auf das Kreditpunktesystem kommen, wir müssen mit einer gewissen Vorsicht modularisieren. Ich teile da völlig die Meinung, die Herr Meyer genannt hat. Ich möchte, daß bei uns grundsätzlich keine Naturwissenschaftler oder Ingenieure von der Uni weggehen, die nicht mindestens 15% ihres Curriculums in Geistes- und Sozialwissenschaften gehört haben. Hier wird ein Kanon von grundlegenden Wissensinhalten eingeführt.

Ich möchte zum Bachelor zwei generelle Sachen sagen, eine davon zum Wissenschaftsrat: daß Herr Schultze immer einen Hochschulrat will, liegt an ihm selber. Der Wissenschaftsrat ist eine von mir hochgeachtete Institution, die bei der Feststellung, ob es sich um gute oder schlechte Forschung handelt, bislang hervorragende Dienste geleistet hat. Ob der Wissenschaftsrat die bestgeeignetste Institution ist, um die Organisation des Hochschulwesens zu überdenken, da habe ich meine Zweifel. Er hat keine Experten für Organisationsfragen. Ich glaube, daß der Wissenschaftsrat von Wettbewerb redet, aber überhaupt nicht weiß, was Wettbewerb ist, oder davor zurückschreckt, wirklich Wettbewerb zu realisieren. Wettbewerb im Hochschulwesen heißt nämlich auch, daß die Bedeutung des Wissenschaftsrats eine andere wird.

Wettbewerb im Hochschulwesen heißt, daß man nicht nur Studiengebühren hat, die selbstverständlich sozialverträglich sind, so daß erstmal die Studierenden budgetwirksam mit den Füßen abstimmen können und damit den Unis, die schlecht anbieten, weglaufen können. Dies heißt auch, daß ich die Grundausrüstung für Forschung kompetitiv ausschreibe – auf zehn, fünfzehn Jahre, versteht sich. Wir brauchen aber eine Neuorganisation – und deswegen muß man konsequenter über Fragen des Wettbewerbs nachdenken.

Was Bachelor und Master betrifft, ist es mir völlig unverständlich, wie ein so honoriges Gremium auf etwas abfahren kann, das weltweit eine Qualitätsvarianz aufweist, die von kurz über dem Hauptschulabschluß bis zum Diplom einer Elitefakultät reicht. In Deutschland werden im Moment Bachelorstudiengänge auf Fachhochschulniveau kreiert, die sind nichts anderes als: Siemens-Stammhauslehre plus ein Jahr Fachhochschule ist gleich Bachelor. Das ist eine Mogelpackung.

Ich habe in Deutschland mit einigen Kollegen einen Akkreditierungsverein für Bachelor- und Masterstudiengänge gegründet. Wir wollen ein Qualitätssiegel auf der oberen Ebene haben, da sind wir in der Hochschulrektorenkonferenz beschimpft worden, mit zwei Argumenten: Erstens, wir diskriminierten, weil wir nicht jeden auf diesen Level lassen wollen. Und zweitens, wir wollten uns nur selber bewerten. Die Hochschulrektorenkonferenz, der Wissenschaftsrat und in Son-

derheit die Kultusministerkonferenz wollen doch den Bachelor, damit sie das Versprechen, das sie leichtfertig gegeben haben, daß jeder sein Studium kriegt, über die Kurzstudiengänge einlösen können. Deswegen ist die Kultusministerkonferenz in Qualitätssachen für mich gar kein Partner, weil die im Zweifel immer auf die billigen Qualitäten ausbüxen. Deswegen möchte ich Wettbewerb, zusammen mit einigen Kollegen von anderen Universitäten, damit wir in der Lage sind, qualitätsmäßige Gütesiegel zu formulieren, diesem Gütesiegel zu genügen und damit die Studierenden und ihre Kaufkraft auf uns zu ziehen. Das ist Wettbewerb, und das ist zum Wohle der Studierenden. Wie gesagt, wenn man sozial nichtdiskriminierend diese Studiengebühren ausgestaltet! Und da sage ich immer nur: Jeder kriegt ein Darlehen, der die Zugangsprüfung schafft. Und das Darlehen wird zurückgezahlt in Abhängigkeit vom Lebenseinkommen.

Volkholz: Einmal muß natürlich die Frage geklärt werden: Wer legt Qualitätsstandards fest? Und die andere Frage, die natürlich die Studienreform auch beinhaltet: Was gibt es bei Ihnen an Planungen, z.B. Lehre zu evaluieren?

Gaechtgens: Nun zur Evaluierung: Wir evaluieren nach einem Schema, das uns der Wissenschaftsrat empfohlen hat. Wenn wir das machen, ist das ein eminenter Aufwand, auch finanzieller Art. Und ich bin nicht sicher, daß das auch Konsequenzen haben kann. Wir machen das in 60% aller Studiengänge, wir werden damit 80% aller Studierenden erfassen, nicht alle auf einmal natürlich, aber diese 80% werden somit einmal in den Evaluationsprozeß hineinkommen. Wir schließen uns auch an eine bundesweite Absolventenstudie an. Das ist mit einer nicht ganz geringen Anstrengung verbunden, das muß man auch mal sehr deutlich sagen. Die interne Evaluierung allein kann es ja nicht sein. Die Diskussion über die Kriterien der Evaluation muß auch mal geführt werden. Ist Studiendauer ein Kriterium? Dahinter verbergen sich ja eine ganze Menge von anderen Problemen, die übrigens dann mit den Bachelor-Master-Konzepten zusammenhängen. Sie sehen uns alle drei in der Situation, in der wir diesen Ideen, weil wir uns ja intensiv damit zu beschäftigen haben, skeptisch gegenüber stehen. Es dreht sich eigentlich nur darum, das Studium zu verkürzen, und daß nach kurzer Zeit diejenigen wieder raus sind, die in großen Zahlen in das Studium hineinwollen.

Ich glaube auch, daß die Diskussion im Blick auf ein anderes Kriterium dieser Studiengänge, nämlich das der Berufsbezogenheit, fehlgeleitet ist. Was ist das konkrete Berufsbild? Wir wissen ja heute nicht mal ganz genau, was eigentlich aus unseren Germanistikstudierenden allen wird. Die meisten sind in einer Tätigkeit, die mit dem ursprünglichen Ausbildungsgang unmittelbar und direkt bezogen nur sehr begrenzt etwas zu tun hat. Diese ganze Überlegung, man solle nun sozusagen fokussiert diese Studiengänge auf Berufsbilder einrichten, halte ich in vielen Bereichen der Universität für unangebracht.

Wenn wir genau hinsehen, welche Bachelor- und Masterstudiengänge bislang entstanden sind, so handelt es sich um neue, interdisziplinäre Zusammenhänge, die vielleicht bisher weniger in den Standardstudiengängen behandelt wurden. Und inwieweit die erfolgreich sind, werden wir dann erst am Ende sehen, denn auch deren Absolventen werden noch eine Reihe von Jahren brauchen. Insofern stimme ich Herrn Meyer absolut zu. Es begibt sich die deutsche Bildungspolitik in ein Experiment, ohne das mögliche outcome wirklich vernünftig analysiert zu haben. Aber ich stimme ihm auch in dem Punkt zu: Die politische Entscheidung ist bereits so weit gediehen, daß wir als Hochschulen uns aus diesem Trend nicht werden zurückziehen können.

Jens Pape (Kant 64): Noch mal eine Frage zum Thema Bachelor- bzw. Masterstudiengänge. Ich bin überrascht, Sie da in so einer defensiven Haltung zu finden. Wäre es da nicht möglich, dazu

ein positives Konzept zu entwickeln? Ein positives Konzept führt zum lebenslangen Lernen zurück. Vorhin hatten Sie gesagt, daß sie berufstätige Gruppen nur ganz ungerne in ihre Unis reinlassen wollen, weil es schon voll ist, und wenn, dann nur gegen Gebühren. Wenn man das Studium modularisiert, also Bachelor-Abschluß, dann evtl. Berufstätigkeit und später nochmal eine weitere Studienphase mit dem Master, dann studieren doch automatisch Leute in verschiedenen Phasen ihres Lebens, und die ganze Studienstruktur ändert sich dadurch. Dann kann man doch nicht mehr sagen: Wir gewähren eine Erstausbildung und weitere Qualifikationen können die Leute allenfalls gegen zusätzliche Gebühren bei uns erwerben!

Ewers: Wir haben das Problem beim Diplom, daß wir zu eng im Fach ausbilden. Das ist nämlich die Schlußfolgerung aus dem lebenslangen Lernen, daß wir auf einer so breiten Basis ausbilden, daß das spätere Weiterbilden auf dieser Basis aufbaut. Und insofern müssen wir Generalisten bilden. Wir müssen die Kooperationen erhalten, die unsere Studierenden für ein Jahr ins Ausland bringen, und zwar ohne Zeitverlust, so daß die Examina, die sie dort machen, bei uns anerkannt sind, das sind Kreditpunktsysteme und ähnliches mehr.

Meyer: Wir probieren das System der abgestuften Studiengänge, derzeit Bachelor und Master (siehe Gartenbau), das wird auch modularisiert, und dann sehen wir mal, wie das geht. Aber man muß das doch nicht überall machen. Die Kritik von uns richtet sich dagegen, daß die Prämissen, auf denen die abgestuften Studiengänge ruhen, insbesondere der Verweis auf Amerika, verlogen sind.

Zu den Weiterbildungsfragen möchte ich noch sagen: Herr Gaehtgens hat schon darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Studierenden bei uns studieren ohne fixe Berufsplanung. Erstaunlicherweise landen sie alle in Berufen. Die Akademiker haben noch weitaus bessere Chancen, in den Beruf hereinzukommen. Warum nimmt der Arbeitsmarkt sie auf? Er nimmt sie nicht wegen Detailkenntnissen zu irgendeinem Dichter auf, sondern weil sie anhand dieses Dichters gelernt haben, logisch zu denken, zu kombinieren, Strategien zu entwickeln, wie man sich dem Werk nähert. An der Universität lernen sie, neue Felder im Berufsleben vernünftig in Angriff zu nehmen. Das Arztsein lernt man z.B. auch erst im Beruf unter Anleitung. Die Vorstellung, mit Bachelor und Master könnten sie noch berufsqualifizierender ausbilden, ist absurd.

Gaehtgens: Ein weiteres Argument für diese Studiengänge ist ja die Internationalisierung, daß wir Studierende aus anderen Teilen der Welt hier nach Deutschland holen wollen. In Europa sollten wir die internationale Mobilität unserer Studierenden noch steigern. Daß bei uns in Seminaren deutsch gesprochen wird, ist nicht das Problem. Wir möchten an der FU europäische Studiengänge gemeinsam mit europäischen Universitäten machen, wo wir ein Curriculum entwickeln, daß aus mehreren Fakultäten mehrerer europäischer Universitäten bestückt wird. Dort sind die ausländischen Dozenten genauso Teil der Ausbildung wie die Dozenten an der FU.

Sibylle Salewski (Kant 64): Wie kommt es, daß es an Berliner Universitäten nicht möglich ist, eine Geisteswissenschaft in fünf Jahren zu studieren? Es müßte für 90% möglich sein, das zu schaffen. Woran liegt das, was kann man dagegen tun?

Ewers: Ich rede mal über Wirtschaftsingenieurwesen, unseren größten Studiengang. Der ist ein harter Studiengang, weil er aus etwa 70% Wirtschaftswissenschaften und 70% eines technischen Studiums besteht: 140%, die Regelstudienzeit ist zehn Semester. Wir haben 51%, die in der Regelstudienzeit plus zwei Semester abschließen. Wir sind besser, als man uns immer erzählt.

Hella Dietz (Gähnende Lehre?): Es gibt auch eine durchaus große Menge an Studierenden, die gar nicht so genau wissen, was sie studieren wollen. Da wäre auch die Frage: Welche Anstrengungen unternehmen Sie eigentlich, um diesen Leute mehr Orientierung zu gewähren?

Gaehdgens: An der FU sind in den letzten zehn Jahren die Studienzeiten in den Diplomstudiengängen für Naturwissenschaften z.B. um ca. zwei Semester kürzer geworden. Sie sind in den Sozialwissenschaften um ein Semester zurückgegangen. Dafür haben wir nichts getan. In den Geisteswissenschaften hat sich nichts getan im selben Zeitraum. Zudem ist nachweislich falsch, daß man in Berlin nicht nach 10 Semestern fertig werden könnte.

Wenn man sich aber ansieht, zu welchen verschiedenen Behörden die Neuimmatrikulierten hin und hergeschickt werden, dann ist das nicht gut. Wenn man sich zudem ansieht, wie lange es dauert, die Prüfungstermine zusammenzubekommen! Das heißt, ich will nicht sagen, es läge nicht an den Verhältnissen. Aber dies ist es nicht alleine. Es ist auch eine Frage der Einstellung zu diesen Unternehmen, ob man wirklich sein Examen macht, wenn man alle vorgeschriebenen Veranstaltungen hinter sich gebracht hat.

Dietz: Ich weiß, es gibt sehr anspruchsvolle Projekte wie zum Beispiel Patenschaften zwischen Tutoren und Studierenden. Ich weiß, daß das an einer großen Uni schwierig ist, aber die jungen Unis, die in den 70ern gegründet wurden, die haben das geschafft. Vielleicht denken Sie ja auch darüber nach.

LEITBILD UNIREGIO? – DIE KONSEQUENZEN AUS DEN EMPFEHLUNGEN DES WISSENSCHAFTSRATES FÜR DIE HOCHSCHULREGION BERLIN

Eine Podiumsdiskussion am 23. Oktober 2000 in Berlin

mit

Winfried Benz, Generalsekretär des Wissenschaftsrates, Köln

Josef Lange, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Senatsverwaltung Berlin

Heinz-Elmar Tenorth, Vizepräsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Peter Gaehtgens, Präsident der Freien Universität Berlin

Helmut Schmidt, Präsident der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

Moderatorin: Bärbel Schubert, Der Tagesspiegel, Berlin

Einführung: Andreas Poltermann, Referent für Bildung und Wissenschaft, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Poltermann: Im Mittelpunkt der Analysen, Kritik und Empfehlungen des Wissenschaftsrats stehen die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer der Hochschulen sowie die Ingenieurwissenschaften. Bei der Politik wird ein Konzept für eine verlässliche Hochschulfinanzierung angemahnt. Und die Hochschulen erhalten Hinweise für deutliche Strukturänderungen, die mit der Einrichtung eines Landeshochschulrats auch eine andere Organisation der Verantwortung der Hochschulen für die Region vorsehen sollen. In ausdrücklicher Anerkennung der beispiellosen Sparleistungen der Berliner Hochschulen von über 1 Milliarde Mark soll die Politik zum Verzicht auf weitere Kürzungen der Studienplätze und der Investitionen gebracht werden. Dieses Urteil ist fair, aber wahrscheinlich – so unsere Berliner Erfahrung – wenig zukunftssträchtig. Vieles spricht dafür, daß sich die Leistungen, die im Gegenzug von den Hochschulen erbracht werden sollen, im Ergebnis doch als weitere Einsparungen erweisen werden. Die Hochschulen werden zu einer engeren Zusammenarbeit, die Universitäten zu stärkerer Profilbildung bis hin zur Schließung von Studiengängen und Instituten aufgefordert. Entsprechend war die Resonanz schon im Vorfeld groß und meist negativ. Andere Stimmen von außerhalb der Hochschulen und der Politik sprachen hingegen von einer Quittung für alte Versäumnisse.

1992 legte die Mittelstrass-Kommission dem Senat Reformvorschläge vor, die den Empfehlungen des Wissenschaftsrats bereits sehr ähnlich sind. Auch hier wird gefordert, die kleinen Fächer zusammenzulegen, einzelne Institute wie das Osteuropa-Institut an der FU zu schließen und die Fachhochschulen stärker auszubauen. Andere Akzente setzte hingegen das Gutachten „Berliner Regionalverbund“ von Michael Daxner, das von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus in Auftrag gegeben und 1997 veröffentlicht wurde. Daxners Gutachten läßt sich von dem Gedanken der Verantwortung von Hochschule und Wissenschaft gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung leiten. Als Fortentwicklung der Berliner Kuratoriumsstruktur sei ein organisierter Hochschulverbund, der zu einem Verband weiterentwickelt werden könne, die geeignete Form für die Wahrnehmung der genannten Verantwortlichkeiten in Verbindung mit einem differenzierten Zugewinn an Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschulen. Erst für ein System der Berliner Hochschulen – das von ihm schließlich nicht empfohlen wird – erwägt Daxner die Ausgestaltung des Verbundes als rechtsfähige Stiftung. Hier würden, etwa nach dem Vorbild des Systems der kalifornischen Staatsuniversitäten, die einzelnen Hochschulen zum System die Stellung haben, die heute Fachbereiche zur jeweiligen Hochschule haben.

Die Frage unserer heutigen Berliner Hochschuldebatte nach der UniRegio, nach der regionalen Organisation der wechselseitigen Verantwortlichkeiten von Wissenschaft und Gesellschaft, knüpft an dieses Gutachten und an die beiden ersten Debatten des vergangenen Jahres an. Deren Leitfragen waren: Welche Stellung werden Hochschulen in der Wissensgesellschaft einnehmen, und wie gehen die Berliner Hochschulen auf die damit verbundenen Herausforderungen zu? Eines wurde deutlich: An der europaweit diskutierten Frage der demokratischen Verantwortung der Hochschulen gegenüber ihren Regionen muß weiter gearbeitet werden. Denn mit Regionen sind nicht allein die Interessen der sich um die Hochschulen ansiedelnden Wirtschaft gemeint. Region ist die regionale Stakeholder-Gesellschaft, und die umfaßt neben den wirtschaftlichen Interessen auch solche aus Politik, Verwaltung und Kultur. Ganz gewiß sind hierzu auch Interessen und Verantwortlichkeiten zu rechnen, die Berlin aus seiner möglichen Rolle als Drehscheibe für den Austausch mit Mittel- und Osteuropa zuwachsen.

Schubert: Das Gutachten hat meiner Meinung nach mehr Staub aufgewirbelt, bevor es veröffentlicht wurde. Seither ist nicht mehr so viel davon die Rede. Hier noch mal einige Einzelheiten zum Gutachten: Es wird insbesondere den Hochschulen abverlangt, stärker zusammenzuarbeiten, ihre Studienangebote aufeinander abzustimmen, Doppelangebote möglichst zu vermeiden – und das nicht nur in den kleinen Fächern, sondern auch in den großen und traditionellen wie den Philologien. Es werden einige Einschnitte vorgeschlagen: In den Geschichtswissenschaften soll die russische und die osteuropäische Geschichte an der Humboldt Universität verbleiben. In den Sozialwissenschaften sollen an der Freien Universität Stellen abgebaut werden. In Psychologie und Jura wie auch in den Wirtschaftswissenschaften wird mangelnde Schwerpunktbildung beklagt. In den kleinen Fächern soll die Zusammenarbeit konkret und greifbar werden, dafür sollen interuniversitäre Zentren gegründet werden. Zum Teil bedeutet dies ein Abbau von Plätzen, aber letztlich eine Zusammenführung. Die Universitäten haben sich geäußert, wie sie diese Empfehlungen einschätzen, und man hört, allzuviel wollten sie davon nicht aufnehmen. Darum zunächst meine Frage an die Vertreter der Universitäten: Was davon wollen Sie denn umsetzen ?

Tenorth: Zunächst ist wichtig festzustellen, daß mehr als 90% der Strukturpläne, die die Universitäten beschlossen haben, durch das Gutachten des Wissenschaftsrats als angemessene und sinnvolle Lösungen anerkannt wurden. Damit erkennt der Wissenschaftsrat an, daß die Universitäten – gegen ihr öffentliches Image – imstande sind, in einem wirklich radikalen Sinne Strukturentscheidungen zu treffen (und zwar innerhalb der alten Gremienstruktur), und daß die uns aufgezwungenen Kürzungen – eine Milliarde – in der Universität doch in einem schnellen Prozeß der Erneuerung in den Strukturplänen umgesetzt worden sind.

Ich möchte mich deshalb im einzelnen zur Frage nach Koordination und Kooperation und zur Frage nach dem Profil äußern. In der Frage nach der Kooperation fühlen wir uns an der HU trotz der Hinweise auf die vier Fächergruppen, die über Kooperation enger nachdenken sollen – Psychologie, Wirtschaftswissenschaften, Jura und Erziehungswissenschaften bzw. Lehrerbildung –, zunächst in großen Teilen durch das Gutachten bestätigt. Ausdrücklich wird hier unser Forschungsprofil anerkannt. Die Berliner Universitäten haben im Vorfeld aber wohl noch nicht genügend deutlich gemacht, wie sie auch jetzt schon untereinander in Berlin und auch mit Brandenburg kooperieren. Jedoch haben wir bei der Organisation der Zentrenbildung noch keinen Konsens mit dem Wissenschaftsrat und in den Universitäten, zumindest ist die Neigung der Universitäten größer, die Zentren innerhalb der Universität und nicht zwischen den Universitäten einzurichten. Unsere eigene Erfahrung und die der FU ist gewesen, daß die existierenden Zentren in vielen Berei-

chen nicht so produktiv waren wie man erwartet hatte. Über manche neu vorgeschlagenen Zentren muß man nachdenken, die regionalen werden noch eigens begutachtet.

Wir an der HU sind schließlich skeptisch gegenüber den organisationsstrukturellen Vorschlägen des Wissenschaftsrats. Der vorgeschlagene Hochschulrat innerhalb der Universität ist aus unserer Perspektive nicht überzeugender als das neue Kuratorium, das die Humboldt Universität gerade erst erprobt und das in einer anderen Zusammensetzung arbeitet als die alten Gremien. Wir würden zumindest raten, daß man die Erfahrungen damit abwartet. Ich bin auch skeptisch gegenüber dem Landeshochschulrat als Steuerungsinstanz.

Die Aufforderung zur Profilbildung finden wir dagegen richtig, weil die Losung des Wissenschaftsrats nicht nur Kooperation heißt, sondern Kooperation und Wettbewerb zugleich. Er hat die alte Formel, daß keine Doppelseiten von Fächern gegeben sein dürfen, aufgehoben und anerkannt, daß bestimmte Kernbereiche von Fächern an beiden Hochschulen vertreten sein müssen. Dem daraus resultierenden Wettbewerb wollen wir uns stellen. Ich würde als ein Element eines Wettbewerbsmodells z.B. die Anstrengung sehen, Modelle zu entwickeln, wie der wissenschaftliche Nachwuchs besser gefördert werden kann. Mich interessiert auch, wie man die existenten Massenstudiengänge so modernisieren kann, daß sie studierbar werden und wir in unseren Ausbildungsleistungen eine höhere Qualität bieten können. Wir fühlen uns bei unserer Profilbildung vom Wissenschaftsrat eher bestärkt, und nicht problematisiert und in unseren eigenen Planungen dementiert.

Schubert: Und Studienplätze, die sie in dem Zusammenhang abgeben müssen, geben Sie auch gerne ab ?

Tenorth: Ich sehe gegenüber den Vorgaben, die schon vom Land gesetzt wurden, nicht so viel an Verlust von Studienplätzen durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats; im Grunde nur die Theaterwissenschaft. Wir werden aber strukturell nicht sehr verlieren. Wir haben ein paar andere Einzelprobleme, z.B. die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät kostet uns sehr viel Geld. Es ist noch nicht klar, wie wir die 13 Millionen DM aufbringen, die eingespart werden sollen. Aber unsere allgemeine Perspektive ist, daß wir auf der seriösen Basis unserer Strukturpläne planen und argumentieren können.

Schubert: In dem Gutachten werden die Freie Universität und die Humboldt Universität oft direkt aufeinander bezogen. Könnten Sie, Herr Gaetgens, sich dazu äußern, was Sie davon umsetzen wollen. Fühlen Sie sich auch bestätigt? Geben Sie auch gerne ab, was Ihnen abgefordert wird?

Gaetgens: Zunächst einmal muß betont werden, daß der Wissenschaftsrat bestätigt, daß durch die Verabschiedung der Strukturpläne der Berliner Hochschulen Enormes geleistet worden ist. Der Etat von ca. 3,2 Milliarden DM, der noch Anfang der 90er Jahre für die Hochschulen in Berlin zur Verfügung stand, ist im Laufe der letzten Jahren um insgesamt rund eine Milliarde gekürzt worden; das entspricht der Streichung einer gesamten Universität. In der Berliner Hochschullandschaft hat damit ein Abbau ohnegleichen stattgefunden, und es ist viel mehr passiert als an anderen Orten. Daß es den Hochschulen gelungen ist, trotz der enormen Einsparungen das Fächerspektrum zumindest im Land weitgehend zu erhalten und sogar neue Studienangebote zu etablieren, ist dabei eine besondere Leistung. Allein an der Freien Universität wurden seit 1990 40% der Professuren gestrichen und dadurch Fächer oft bis an die Grenze der Existenzfähigkeit verkleinert, manchmal sogar ganz eingestellt oder auch mit der Humboldt-Universität zusammengelegt. All diese für uns oft sehr schmerzhaften Entscheidungen wurden, wenngleich unter dem Druck der fi-

nanziellen Situation des Landes, von außen, von den Universitätsgremien selbst getroffen. Wo gibt es das in der Bundesrepublik? Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sollte nicht die Frage, was über diesen Strukturplan hinaus noch abzubauen ist, gestellt werden. Vielmehr steht derzeit als größeres Problem im Mittelpunkt, wie der von den Strukturplänen bereits vorgesehene Abbau, der sich mit Sicherheit noch über mehrere Jahre erstrecken wird, umgesetzt werden kann. Da ist noch viel mehr zu tun, als allgemein angenommen wird, und dafür brauchen die Hochschulen Planungssicherheit.

Bei aller Kritik des Wissenschaftsrats ist wichtig festzustellen, daß er die Entscheidungen der Hochschulen zu mehr als 90% bestätigt hat. Erinnert sei außerdem daran, daß den jetzigen Empfehlungen bereits eine Evaluierung der Berliner Naturwissenschaften durch den Wissenschaftsrat vorangegangen ist, die in dem jetzigen Gutachten daher nicht mehr behandelt werden. Das heißt, daß bereits vor 1998 30-40% der Hochschulen im Grundsatz positiv evaluiert wurden, und auch mit der Umsetzung dieser Empfehlungen sind die Hochschulen weiterhin beschäftigt.

Mit der Begutachtung der Strukturpläne der Berliner Hochschulen ging es auch darum, alle Hochschulen miteinander zu bewerten. Es sollte besonders beachtet werden, was der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten dem Land sagt. Gemessen an der Studienplatzreduktion, die den Hochschulen von der Landesregierung verordnet wurde, ist das, was der Wissenschaftsrat noch an einigen Stellen an Korrekturen empfiehlt, ein sehr kleiner Teil. Den Begriff des Abbaus von Doppelangeboten habe ich in dem Gutachten nicht gelesen, sondern es wurde im Gegenteil die Tatsache anerkannt, daß in den großen Disziplinen eine inhaltliche Profilierung bereits erfolgt ist. Dies wird vom Wissenschaftsrat ausdrücklich anerkannt. Vielmehr betont der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit, die Ausfinanzierung der vorgelegten Strukturpläne zu sichern und höhere Mittel für Investitionen bereitzustellen.

Was die Hochschulen umzusetzen gedenken, ist auch deswegen eine schwierige Frage, weil für jede Entscheidung neben der Abstimmung zwischen den Universitäten auch eine inneruniversitäre Kompromißfindung notwendig ist und nicht Einzelpersonen, also z.B. die Präsidenten die Entscheidungen alleine treffen können. Die drei Universitäten, und hier besonders die Freie Universität und die Humboldt-Universität, die aufgrund unmittelbarer Parallelen eher betroffen sind, gehen meiner Ansicht nach in einer sehr konstruktiven Weise miteinander und dem Gutachten um. Das ist nicht selbstverständlich.

Schubert: Auch die Fachhochschulen sind einbezogen, wenn auch häufig nicht so direkt. Herr Schmidt, was kommt auf die Fachhochschulen zu und wie sehen Sie das ?

Schmidt: Ich freue mich immer, wenn ich das Gutachten lese, weil die Wahrnehmung der Hochschullandschaft in Berlin sich der Analyse des gesamten Hochschulsystems zuwendet und damit auch die Rolle der Fachhochschulen objektiv darstellt. Das ist nicht selbstverständlich in Berlin. Als Vertreter einer Fachhochschule bin ich in einer ganz anderen Situation als die Kollegen aus den Universitäten. Das Gutachten stellt fest, daß die Studienplätze an den Berliner Fachhochschulen verglichen mit dem Bundesdurchschnitt wenig ausgebaut sind. Der Wissenschaftsrat fordert, daß der Anteil der Fachhochschulstudierenden absolut und relativ steigt und bestätigt: Das Land Berlin steht hier vor einer schwierigen Aufgabe.

Der Numerus Clausus an den Fachhochschulen ist in einzelnen Bereichen wesentlich höher als an den Universitäten. Das heißt, daß die Nachfrage nach Absolventen der Fachhochschulen sehr viel größer ist, als befriedigt werden kann. Darauf geht der Wissenschaftsrat auch ein. Hier gilt, daß der Wissenschaftsrat Quittungen für Versäumnisse der Vergangenheit gegeben hat und deutliche

Korrekturen anmahnt. Denn diese Struktur ist nicht durch die Hochschulen entstanden, sondern ist eine politische Entscheidung gewesen.

Ich denke, daß es hier auch Korrekturmöglichkeiten gibt. Wir wollen jedoch nicht zwei Systeme gegeneinanderstellen, sondern setzen auf die Kooperation im Hochschulbereich. Die Fachhochschulen haben dies bereits im Juni 1999 in einem Papier veröffentlicht, in dem wir von Bildungspartnerschaften zwischen den Hochschulen gesprochen haben. Der Wissenschaftsrat fordert, daß die Hochschulen – und d.h. auch die Universitäten mit den Fachhochschulen – enger kooperieren als bisher. Das ist die eigentliche Forderung des Wissenschaftsrats an die Hochschulstruktur in Berlin. Solche Forderungen weisen uns auch den Weg dahin, daß wir die notwendige andere Verteilung von Studienplätzen in Berlin erreichen, indem das Land die Kooperation zwischen den Hochschulen unterstützt. Dies kann dadurch geschehen, daß das Land belohnt, wenn Hochschulen miteinander kooperieren und zu einem Strukturwandel der Verteilung der Studienplätze kommen. Dies ist in Berlin bisher öffentlich zu wenig diskutiert worden.

Schubert: In welchen Bereichen oder Fächern wollen Sie die zusätzlichen Fachhochschulstudenten haben?

Schmidt: Wir haben 1999 in dem Papier „Fachhochschulkapazitäten für Berlin und Brandenburg“ dargelegt, daß der Ausbau des Hochschulsystems, des Fachhochschulsystems, in beiden Ländern sinnvoll ist. Das geht in den traditionsreichen Gebieten der Wirtschaft, aber auch in der Technik. Auch in den klassischen universitären Bereichen Pharmazie und Medizin können wir Angebote entwickeln. Ein Studiengang wie Gesundheitsmanagement ist an Fachhochschulen sinnvoll. Wir haben z.B. bereits Restaurierungstechnik, Grabungstechnik und Museumskunde. In diesen Bereichen könnte man enger mit den Universitäten zusammenarbeiten, um die Studienkapazitäten in Berlin effektiver zu gestalten. Von den 2,2 Milliarden Mark, die in Berlin in den Hochschulbereich fließen, gehen 10% in den Fachhochschulbereich, 20% der Studienanfänger beginnen dort, und 35% der Absolventen kommen von dort. Diese Eckdaten beweisen – und das hat auch der Wissenschaftsrat festgestellt –, daß die Effektivität des Hochschulsystems in Berlin suboptimal ist. Diese Ineffektivität kostet uns jährlich Geld und bringt keine neuen Studienplätze.

Schubert: Herr Benz, Sie sind gekommen, um für den Wissenschaftsrat zu sprechen. In dem Gutachten finden sich einige unzufriedene Untertöne mit Verweis darauf, daß es schon frühere Gutachten gegeben habe, aber eigentlich nicht sehr viel passiert sei in der Zwischenzeit. Welche Punkte würden Sie den Hochschulen noch mal besonders empfehlen ?

Benz: Ihre Feststellung, daß nicht allzuviel passiert ist in der Vergangenheit, wird ständig an uns herangetragen. Deswegen wird immer wieder nach den Entwicklungen in Berlin gefragt, nachdem die Empfehlungen des Wissenschaftsrats auf dem Tisch sind. Bisher liegen verschiedene Erklärungen des Landes vor, die alle ankündigen, einen Großteil dessen, was der Wissenschaftsrat empfohlen hat, umfassend umsetzen. Andererseits gibt es Kenner der Szene in Berlin, die sagen, daß die Probleme hin und her geschoben und am Ende nicht gelöst werden. Wir halten uns vorerst daran, was uns das Land sagt.

Gerade deshalb möchte ich die beiden Vertreter der Berliner Universitäten etwas aggressiv angehen. Nach wie vor müssen wir feststellen, daß sich im Hochschulbereich noch nicht viel tut. Es ist richtig, daß 90% der Strukturvorstellungen der Hochschulen beim Wissenschaftsrat Zustimmung gefunden haben. Aber dort, wo es hart wird, herrscht verdächtige Passivität. Die Universitäten verharren eher in einem Wartezustand. Auch wenn es zutrifft – und der Wissenschaftsrat hat es

bestätigt –, daß im Berliner Hochschulbereich in den 90er Jahren in einer beispiellosen Weise gekürzt worden ist, darf mit solchen Argumenten die Diskussion um die Zukunftsaufgaben nicht nach hinten gedrängt werden. Wir haben in unserer Stellungnahme der Politik nicht eine Hilfe gegeben, Potential abzubauen. Wir glauben, Berlin ist im Ansatz eine großartige Wissenschaftsregion. Aber man kann und muß das Potential in Berlin besser nutzen als bisher. Dazu gehört die Profilschärfe der einzelnen Hochschulen, die Kooperation zwischen den Universitäten unter sich, mit den Fachhochschulen und zwischen den Fachhochschulen. Außerdem ist die Kooperation der Hochschulen mit dem ganzen außeruniversitären Forschungsbereich sehr wichtig. Der Wissenschaftsrat weiß, daß das Zusammenspiel der Hochschulen in der Vergangenheit nicht geklappt hat. Deswegen sollte eine Instanz geschaffen werden, die das gesamte Berliner Hochschulsystem im Auge hat, die es beurteilt und über die Hochschulen im Gesamtblick beispielsweise sagt, wo was hin und her verlagert werden sollte. Dies ist keine neue Idee des Wissenschaftsrats, denn ein ähnliches Konzept hat die Landesstrukturkommission schon 1992 vorgestellt. Wir empfehlen, einen Landeshochschulrat zu schaffen, in dem die Politik nicht vertreten ist, in dem acht Wissenschaftler vertreten sind und fünf Persönlichkeiten, die entweder finanz- und wirtschaftspolitischen oder wissenschaftspolitischen Sachverstand haben. Der Landeshochschulrat soll die Universitäten zu einer Gemeinschaft zusammenbauen, was in der Vergangenheit nicht annähernd gelungen ist. Auf diese Aufgabe des Landeshochschulrats möchte ich besonderen Wert legen.

Schubert: Herr Lange, auf Sie kommt auch ein Teil dieser Umsetzung zu. Der Wissenschaftsrat hat dem Berliner Senat auch mit auf den Weg gegeben, 85.000 Studienplätze künftig auszufinanzieren. Wohin legt die Politik das Primat bei den Empfehlungen? Von welchen Aspekten wollen Sie, daß sie umgesetzt werden?

Lange: In der Öffentlichkeit ist bisher noch nicht deutlich genug gemacht worden, was die Hochschulen für die Wissenschaft, für das Land Berlin, für die ganze Republik und international leisten. Dies ist jedoch eine gemeinsame Aufgabe von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftspolitik. Es gibt unterschiedliche Aufgaben zwischen Universitäten und Fachhochschulen, die nicht verwischt werden dürfen. Man soll nicht meinen, wenn man beide gleich gut oder schlecht finanziert, optimiert man das System. Was tut sich in Berlin?

Der Wissenschaftsrat hat ca. zwei Jahre an seinen Empfehlungen gearbeitet. Die Hochschulen haben sich zu den Empfehlungen geäußert.

Das Land hat zu den Bereichen, für die der Wissenschaftsrat dies ausdrücklich empfohlen hat, Arbeitsgruppen berufen, nämlich für Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, BWL an Fachhochschulen, Erziehungswissenschaften und Lehrerbildung, Psychologie und Area Studies, ein Begriff, der dem der Regionalwissenschaften vorzuziehen ist, weil er besser bezeichnet, was an Berliner Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen getan wird. Diese Expertenkommissionen werden bis zum Ende des Wintersemesters (in den Area Studies bis Mitte kommenden Jahres) ihre Empfehlungen vorlegen. Diese Empfehlungen werden dann mit den Hochschulen erörtert und umgesetzt. Es wird also nichts zerredet, weil es bekannte Instrumente zur Umsetzung gibt.

Erstens: Novellierung des Berliner Hochschulrahmengesetzes. Aufgrund der Novellierung des Berliner Hochschulrahmengesetzes vom August 1998 ist Berlin gehalten, binnen drei Jahren dieses in Landesrecht umzusetzen. Die Eckpunkte werden zur Zeit ausformuliert und bald veröffentlicht.

Zweitens: Hochschulverträge. Die Hochschulverträge gelten bis zum Jahre 2002. Die Verhandlungen über die Verlängerung der Verträge werden Anfang kommenden Jahres aufgenommen. Es

geht um die Erfüllung der derzeit geltenden Verträge zwischen Hochschulen und Land. Es geht um die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats, es geht auch um eine indikatorengestützte, noch stärker leistungsorientierte Mittelverteilung. Für den universitären Bereich liegt ein Vorschlag vor, für den Fachhochschulbereich wird daran gearbeitet. Es geht darum, die Studienstrukturreform im Hinblick auf Bachelor- und Masterstudiengänge weiter voranzutreiben. In Berlin ist entschieden worden, da alle diese Studiengänge vor Einführung entweder vom Akkreditierungsrat oder von anerkannten Agenturen akkreditiert werden müssen.

Drittens: Hochschulräte. Zum Thema Hochschulräte und Landeshochschulräte hat am 25. Oktober 2000 in Berlin ein ganztägiger Workshop stattgefunden, um die Erfahrungen aus anderen Bundesländern einzuholen. Die Erkenntnisse des Workshops werden gewichtet werden und Eingang finden in die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die Experimentierklausel von 1997 ungefähr die Hälfte aller Paragraphen des Berliner Hochschulgesetzes den Hochschulen zur Disposition gestellt wurde. Die Erprobungsphasen laufen teilweise bis Ende 2004. Natürlich muß ein Berliner Hochschulgesetz, das die Experimentierklausel des Gesetzgebers ernst nimmt, auch die Zeit geben, diese Experimente tatsächlich laufen zu lassen. Im neuen Hochschulgesetz wird sicher nicht ein einheitliches Leitungsmodell für alle Hochschulen stehen. Die verschiedenen Größen der Universitäten und Fachhochschulen zeigen bereits, daß unterschiedliche Modelle nötig sind.

Der Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik in einer Zeit, in der wissenschaftliche Entwicklung von der internationalen Dynamik in Wissenschaft und Wirtschaft vorangetrieben wird, heißt auf der einen Seite, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Wissenschaft und ihre Institutionen schnell reagieren können, viel schneller als die Politik das kann. Auf der anderen Seite muß der finanzielle Rahmen so gestaltet werden, wie es in einem staatlichen System möglich ist, wobei wir stärker zu public-private partnership kommen müssen. Dann werden wir auch zu ganz anderen Organisationsmustern für Hochschulen kommen, was einer Befreiung aus dem öffentlichen Dienst- und Haushaltsrecht gleichkommt.

Schubert: Die Aussagen darüber, wieviel denn eigentlich schon passiert an Berliner Hochschulen, gehen erheblich auseinander.

Gaehdgens: Ich möchte unterstreichen, daß es zu einfach ist zu sagen, es sei noch nicht viel passiert. Viele Probleme sind zu komplex, um von heute auf morgen gelöst zu werden. Außerdem sind die Hochschulen in erheblichem Maße von den Vorgaben und Bedingungen des Landes abhängig. Zum Beispiel ist bekannt, daß es eine öffentliche Diskussion darüber gibt, ob es in Berlin betriebsbedingte Kündigungen geben sollte. Es ist eine politische Entscheidung gewesen, die dies ausgeschlossen hat. Aus diesem Grund können wir gar nicht so viele Stellen abbauen, wie es dem Budget nach möglich sein sollte. Gleichzeitig können wir notwendige Stellenbesetzungen nicht vornehmen, weil die Gelder benötigt werden, um sog. Überhangpersonal zu finanzieren. Wir können nur in dem Umfang Gelder einsparen, wie Personen durch Eintritt in den Ruhestand aus dem System ausscheiden – hier können die Hochschulen nichts zur Beschleunigung beitragen. Der einzige Teil des Hochschulpersonals, bei dem sich tatsächlich schnell Einsparungen realisieren lassen, ist der Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus, da für diese nur befristete Arbeitsverträge typisch sind. Das heißt, daß die Einsparungen zu Lasten wesentlicher Kernaufgaben der Universität in Forschung, Lehre und insbesondere der Nachwuchsförderung realisiert werden. Wir sind in einer Situation, in der wir nicht einmal die künftige Stellenstruktur im Mittelbau zu 100%, sondern nur zu ca. 75% besetzen können. Der Grund dafür liegt in den von der Politik aufoktroyierten

Budgetreduktionen, die viel schneller verhängt werden, als der tatsächliche Personalabbau von-statten gehen kann.

Was die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Verlagerung von Studiengängen betrifft, ist es ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Gutachtens noch nicht als Säumigkeit auszulegen, wenn diese wegen komplizierter Fragen der Sicherung des Vertrauensschutzes von Studierenden und Beschäftigten in den betroffenen Bereichen sowie des erheblichen organisatorischen Aufwandes, der mit einer Verlagerung verbunden ist, noch nicht umgesetzt werden konnten.

Die von den Hochschulen vollzogene Bewältigung kontinuierlicher Kürzungen und Strukturveränderungen in den letzten zehn Jahren hat in Berlin mit einer Reduzierung des gesamten Hochschuletats um 30% seit Anfang der 90er Jahre ein Ausmaß angenommen, das seinesgleichen sucht. Die Berliner Hochschulen sind mit den Entwicklungen letztendlich konstruktiv umgegangen und haben ihre Leistungsfähigkeit in vielen Bereichen trotz der widrigen Umstände sogar steigern können. Die Veränderungen und Einsparungen, die von den Hochschulen in dieser Zeit verkraftet werden mußten, wären in anderen Teilen der Bevölkerung so nicht durchzusetzen gewesen. Es ist in Berlin unvergleichlich viel mehr passiert als sonstwo. Es kann also keine Rede davon sein, daß nichts geschehen ist und geschieht.

Schubert: Aber Sie werden doch verstehen, daß man Veränderungen erwartet, wo diese empfohlen wurden?

Tenorth: Der Wissenschaftsrat war an einem Punkt sehr hilfreich, nämlich die Markierung der 85.000 Studienplätze deutlich zu machen. Das bedeutet, daß zum ersten Mal realistisch kalkuliert wird, welche Menge Geldes zur Finanzierung von Personal-, Sach- und Raumausstattung bei einem vernünftigen Spektrum an Studienplätzen gemäß der Nachfrage der Studierenden und der Struktur einer Universität notwendig sind. Das ist gegenüber der Politik eine große Hilfe. Der Wissenschaftsrat hat auch gesagt, daß das die Untergrenze dessen ist, was die Stadt braucht. Ich will vier Punkte nennen, die die Arbeitsweise der Universitäten zeigen:

Erstens: Wie gehen wir mit den Zentren um? Wo entwickeln die Universitäten ihr eigenes Profil in der Lehre, in der Forschung, in der Verankerung in der Stadt? Das ist noch nicht geklärt. Jedoch Fragen, wie die nach dem Ort des Antike-Zentrums oder nach der Organisation der Lernforschung sind strukturelle Themen, die bearbeitet werden. Mitte des Jahres 2001 werden wir deutlich mehr zur Profilierung der Zentren sagen können.

Zweitens: Lehre. Alle Berliner Universitäten haben den Zwang, den die Verträge ausgeübt haben, aber auch die eigene kritische Selbstwahrnehmung dazu genutzt, in einem Umfang die Lehre zu evaluieren, in dem das bisher nicht geschehen war. Es war also nützlich, daß uns der Staat zum Teil dazu gezwungen hat. Alle Universitäten sind jetzt dabei, in der Lehre die Konsequenzen aus der Situationsdiagnose zu ziehen. Die TU hat als erste z.B. ein Modell vorgestellt, wie sie Lehrleistungen deutlicher und schärfer in den universitären Verteilungskampf rechenbar einbringen kann. Auch an der FU sind ähnliche Überlegungen im Gange. So wird die traditionell schlechte Gewichtung der Lehre verbessert.

Wir haben bei uns an der HU nicht nur Stellen gestrichen, sondern die freigewordenen Mittel in den Fakultäten in einer Art Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben, damit die Fakultäten sich mit neuen Studien- und Forschungskonzepten darum bewerben.

Drittens: Kooperation mit außeruniversitären Einrichtungen. Wir hätten Adlershof gern schneller und besser finanziert. Die Universität und das Land nehmen diese Kooperationsform in Adlershof zwischen Wissenschaft, Industrie, außeruniversitären Einrichtungen, neuen Vernetzungen mit E-

xistenzgründungen, neuen Formen des Studiums und der Lehre sehr ernst. Für uns ist das eines der zentralen Projekte.

Viertens: Verfassung der Universität. Ich sehe im Moment noch nicht den Vorzug, den ein Landeshochschulrat für uns haben könnte. Inneruniversitär ist unsere Verfassung ein Versuch, viel professioneller und effektiver, aber gleichzeitig noch in Kooperation mit den universitären Gruppen zu arbeiten. Statt eines Landeshochschulrats wäre mir im Kontext von Forschung ein Verfahren lieber, bei dem der Wettbewerb zwischen den Universitäten, die Ausschreibung von Projekten, zum Regelfall würde. Der Landeshochschulrat ist mir deswegen suspekt, weil er tendenziell den Politikern ein Modell des Verhaltens nahe legt, mit dem man in Berlin schlechte Erfahrungen gemacht hat. Man setzt ein neues Steuerungsgremium ein, nimmt den Universitäten aber erstmal soviel Geld ab, daß dieses neue Gremium als Verteiler von Wohltaten auftreten kann. Man verarmt die Universitäten, in dem man dem Steuerungsgremium Geld gibt. Wenn Sie zusätzlich Geld für den Landeshochschulrat beibringen, so ist das sehr willkommen. Wenn Sie Geld beibringen, mit dem dieses Planungskomitee Anreize setzen kann für Forschungsbereiche, die vernachlässigt werden, sind wir sofort dabei. Aber wir sind dagegen, daß mit dieser übergeordneten Behörde lokale Initiativen erstickt werden. Ich bin eher dafür, leistungsorientierte Mittelvergabe als Steuerungsinstrument einzusetzen, als ein zentrales Expertengremium.

Schmidt: Ich denke, daß in Berlin noch mehr zu tun wäre. Ich sehe in dem Anstoß, den der Wissenschaftsrat gegeben hat, die Chance, Wissenschaftspolitik stärker als Strukturpolitik zu verstehen. Der Wissenschaftsrat fordert eindeutig, daß das Land Berlin vorübergehend zusätzliche Mittel bereitstellt. Der Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Herr Dr. Gentz, fordert genau das gleiche. Er vergleicht die Investitionen im Hochschulbereich mit Investitionen in Unternehmen und sieht sie als Zukunftsinvestitionen. Solche Zukunftsinvestitionen sind auch nötig in Berlin, um die Hochschulstruktur bedarfs- und nachfragegerecht auszubauen. Wie soll sich das Land Berlin darauf einstellen, daß es bundesweit fast Schlußlicht ist im Bereich der Studienplätze an Fachhochschulen? Das Wissenschaftssystem kann deutlich effektiver werden, indem in eine Veränderung der Hochschulstruktur investiert wird. Diese politische Chance ist in Berlin noch nicht aufgegriffen worden, statt dessen haben sich die IHK (Industrie- und Handelskammer) und der UVB (Unternehmensverband Berlin-Brandenburg) dafür eingesetzt. Hier ist die Diskussion in der Öffentlichkeit noch zu schwach.

Schubert: Gibt es Aussichten für zusätzliche Investitionen, Herr Lange ?

Lange: Natürlich ist Geld wichtig. Bei Strukturfragen muß man Strukturentscheidungen treffen und Rahmenbedingungen schaffen. Dies ist in Berlin ein langwieriger Prozeß, weil letztlich nicht klar wird, wer wofür verantwortlich ist. Das hilft nicht gerade, Steuergelder zu sparen. Dieses Problem ist in der Berliner Hochschulpolitik bekannt. Die Hochschulen verzeichnen für 2001 gegenüber 2000 einen Zuwachs für Tarifverträge von 1,5%. Das ist weniger, als die Tarifverträge ausmachen, aber mehr als alle übrigen Einrichtungen erhalten, die vom Land Berlin finanziert werden. Die Hochschulen haben einen Zuwachs von 1% bei den Sachmitteln. Das reicht nicht aus, weil es unter der Inflationsrate liegt. Es gibt auch die Pensionsvorsorge in Höhe von 23 Millionen DM, die knapp bemessen und unerlässlich ist, wenn man nicht aus Hochschulhaushalten Pensionskassen machen will. Diese Entwicklung wird uns im Senat genug Probleme machen. Wir müssen deutlich machen, daß es hier Zuwachs braucht, um Zukunftsinvestitionen und damit Zukunft gestalten zu können. Die Auseinandersetzungen über die künftigen Haushalte werden angesichts der prekären Finanzsituation des Landes schwierig werden. Wir brauchen Rechenschaftsberichte und

Dokumentationen, die belegen, daß die Hochschulen mit Steuergeldern sorgsam umgehen und daß sich Investitionen in die Hochschulen lohnen. Wir müssen dem Parlament und der breiten Öffentlichkeit deutlich machen und sie davon überzeugen, wie groß die wirtschaftliche Rolle und Bedeutung der Hochschulen für die Stadt ist. Es braucht hier Zuwachs, um Zukunftsinvestitionen gestalten zu können.

Benz: Ich möchte Herrn Staatssekretär Lange etwas beistehen. Woher soll er bzw. der Senator mehr Geld nehmen, wenn das Parlament es verweigert. Andererseits, aus den Hochschulhaushalten kann nichts mehr herausgeholt werden, ohne an lebenswichtige Substanz zu gehen. Zusätzliches Geld ist erforderlich, denken Sie nur an den Abbau der Pensionslasten der Hochschulen. Um die Hochschulen zu motivieren, müssen finanzielle Anreize geschaffen werden.

Aber die Hochschulen sind unabhängig vom Geld gefordert. Die Entwicklung läuft beispielsweise falsch, wenn eine Stelle zur Stärkung eines kleinen Faches an eine andere Universität transferiert werden soll und statt dessen das Fach zwar aufgegeben, aber die Stelle innerhalb der Universität umgewidmet wird. Ein weiteres Beispiel praktizierter Schrankenbildung findet sich im Strukturbericht der Technischen Universität, wo es heißt, es erscheine nicht möglich, den benötigten rechtswissenschaftlichen Service für die eigenen Wirtschaftswissenschaften von HU oder FU zu beziehen. Oder wie wichtig wäre es, die Studienangebote der Hochschulen durchzukämmen und nur dort Doppelangebote anzubieten, wo es sich um Pflichtfächer bei hoher studentischer Nachfrage handelt. Ansonsten müßte die Devise lauten: Schwerpunktbildung und Wettbewerb, Abstimmung der Wahlfachangebote. Ich könnte fortfahren, etwa mit gegenseitiger Anerkennung von Studienleistungen in der Region, einschließlich der Universität Potsdam.

Schließlich meinerseits noch kurze Anmerkungen zu den Stichworten Adlershof, Landeshochschulrat und 85.000 Studienplätze. Herr Tenorth hat die positive Einstellung seiner Universität zu Adlershof dargelegt. Insgesamt muß die Präsenz der Hochschulen unter Einbeziehung des Fachhochschulbereichs in Adlershof weiter verstärkt werden. Ob darüber hinaus ein Marketing-Defizit für Adlershof vorliegt, kann ich nicht beurteilen. Ein Landeshochschulrat oder eine Wettbewerbssteuerung mit Projektmitteln ist für mich keine Alternative, schon gar nicht gegen den Landeshochschulrat. Beides erscheint sinnvoll und dringend erforderlich. Rund 85.000 Studienplätze sind für den Wissenschaftsrat Geschäftsgrundlage seiner Empfehlungen zur Hochschulstruktur in Berlin, hier ist die letzte noch vertretbare Grenze nach unten hin erreicht.